

Der Wolfson Economics Prize

„Wie kann der wirtschaftliche Prozess des Ausstiegs von Mitgliedsländern aus der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bestmöglich gestaltet werden, um eine möglichst solide Grundlage für künftiges Wachstum und künftigen Wohlstand der aktuellen Mitgliedsländer zu schaffen?“

**Einführung einer zusätzlichen
umlaufgesicherten Index-Währung, um die
griechische Wirtschaft, die Europäische Union
und den Euro zu stabilisieren**

von

Winrich Prenk

Wolfgang Ramming

Stefan Schulte

Dr. Anne Archinal

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Zusammenfassung	4
1. Einführung	8
2. Grundlagen	10
2.1. Probleme des gegenwärtigen Geldsystems	10
2.1.1. „Notausgang“ Inflation – auf der Suche nach einer Krisenlösung	10
2.1.2. Traditionelle Lösungsversuche sind gescheitert	10
2.1.3. Fehlende Diagnose	11
2.1.4. Todesspirale der Schulden	12
2.1.5. Mehr oder weniger Schulden?	12
2.1.6. Schulden-Deflationsspirale	13
2.1.7. USA kämpfen gegen Deflation	14
2.1.8. EZB wird zur BAD Bank	15
2.1.9. Politisch gewolltes Inflationspotential.	15
2.1.10. „Euro-Krise Top-EZB-Mann rät zu neuer Geldflut.....	17
2.2. Problemfeld Zins, der Zinseszinsseffekt	18
2.2.1. Wohlstand und Wirtschaftswachstum	18
2.2.2. Ursache des Wachstumszwanges	19
2.2.3. Wachstumszwang und gesättigte Märkte	21
2.2.4. Gesättigte Märkte und Zinsniveau	22
2.2.5. Funktion(en) von Geld	23
2.2.6. Unser derzeitiges Problem	23
2.2.7. Gegensteuerung der Politik	24
2.2.8. Lösung des Problems	25
2.2.9. Bestandteile des Zinses	25
2.2.10. Auswirkungen umlaufgesicherter Währung	26
3. Komplementärwährungen	27
3.1. Bethel-Euro	28
3.2. Das Experiment von Wörgl	29
3.3. Der WIR-Ring	30
3.4. Das Fureai-Kippu-System	31
3.5. Der Chiemgauer	32
4. Die optimale Neuordnung des Währungssystems	34
4.1. Die optimale Neuordnung des Währungssystems in der Theorie	34
4.1.1. Unsere Sichtweisen	34
4.1.2. Der optimale Wirtschaftsraum	35
4.1.3. Die derzeitige Geldmengensteuerung	36
4.1.4. Das derzeitige Gelddesign	36
4.1.5. Das optimale Gelddesign	37
4.1.6. Die optimale Höhe der Haltegebühr auf Bargeld	38
4.1.7. Die ideale Geldmengensteuerung	40
4.1.8. Das optimale Währungssystem	41
4.2. Die optimale Neuordnung des Währungssystems am Beispiel des Euros und Griechenlands	42
4.2.1. Ausstieg oder Verbleib in der Europäischen Währungsunion	42
4.2.2. Die Ist-Situation Griechenlands	43
4.2.3. Unser Modell am Beispiel Griechenland: Der Euro als übergeordnete Währung, die Drachme als Komplementärwährung zur Ergänzung.	44
4.2.4. Das Design der Drachme	45

4.2.5. Die Höhe der Haltegebühr.....	45
4.2.6. Abrechnung der Haltegebühr: Ein Geschäftsvorfall.....	46
4.2.7. Die Rücktauschgebühr	48
4.2.8. Die Einführung der Drachme	48
4.2.9. Die Unterstützung des Euro durch die Drachme in der Metropolregion Griechenland	50
4.2.10. Flankierende Maßnahmen zur Einführung der Drachme als Komplementärwährung in Griechenland.	51
4.3. Auswirkungen und Effekte	52
4.3.1. Auswirkungen auf die Staatsverschuldung, die privaten Ersparnisse und die Inlandshypotheken.....	52
4.3.2. Auswirkungen auf internationale Verträge, die in Euro abgeschlossen wurden.....	53
4.3.3. Erläuterung des Zusammenhangs zwischen einem Ausstieg Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion und einer Umschuldung der Staatsschulden.....	53
4.3.4. Unterschiedliche Zeitpläne und Ansätze hinsichtlich des Übergangs (z. B. "überraschende" Redenominierung im Gegensatz zum angekündigten Übergang)	54
4.3.5. Folgen für die Stabilität des Bankensystems.....	54
4.3.6. Ansätze für den Übergangsprozess	54

Zusammenfassung

In der vorliegenden Arbeit wird am Beispiel Griechenlands ein einfacher und gangbarer Weg aufgezeigt, wie ein Austritt aus der europäischen Währungsunion auf effiziente Weise und mit minimalen Härten für die Bürger erfolgen könnte, ohne die internationale finanzielle Stabilität zu gefährden. Die entsprechenden Maßnahmen können relativ schnell umgesetzt werden und rasch ihre Wirkung entfalten. Dieser Weg steht auch allen anderen Mitgliedsländern der EWU offen und weist sogar die Richtung, wie auf den Euro komplett verzichtet werden könnte, wenn dies allgemein gewünscht würde.

Anhand von Inflation und Deflation in der wirtschaftlichen Geschichte der Menschheit, von Geldmengensteuerung durch Zins und Inflation und wirtschaftlichem Wachstumszwang, wird aufgezeigt, dass ein kleiner Konstruktionsfehler im Geldsystem zu unseren derzeitigen Problemen im Finanzsystem maßgeblich beiträgt.

Damit Griechenland wirtschafts- und sozialverträglich aus der Europäischen Währungsunion austreten kann, ist es vorher absolut notwendig, die Wirtschaft zu sanieren und Griechenland durch Vollbeschäftigung der Bevölkerung wieder in die Lage zu versetzen, seine Staatsschulden nach und nach tilgen zu können. Einen Ausstieg aus der EWU zum jetzigen Zeitpunkt ohne diese Maßnahme halten wir für gefährlich.

Würde Griechenland als Staat tatsächlich „Konkurs“ anmelden, könnte dies ein verheerendes Signal an die Märkte (Investment-/Anlagen-Sphäre) bedeuten: Staatsanleihen sind nicht sicher! Die Auswirkungen könnten in einem Domino-Effekt enden, wonach zuerst die kleineren Länder durch die Märkte in den Bankrott getrieben würden, weil sie sich am Markt nicht refinanzieren können. Danach würden die größeren Länder in erhebliche Schwierigkeiten geraten. Die aus den Sparmaßnahmen der Länder resultierenden, möglichen Deflationsspiralen könnten zu erheblichen sozialen Spannungen führen.

Um eine möglichst solide Grundlage für künftiges Wirtschaften und künftigen Wohlstand der aktuellen Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsunion zu schaffen ist

es weiterhin von eminenter Wichtigkeit, dem exponentiellen Wachstum der Schulden Einhalt zu gebieten.

In den letzten 64 Jahren nach der deutschen Währungsreform von 1948 hat sich gezeigt, dass ein andauernder, positiver Zins von mehr als 7% ca. alle 10 Jahre zu einer Verdoppelung von Schulden und Vermögen geführt hat. Im Jahr 2000 betrug die Gesamtverschuldung von privaten Haushalten, Unternehmen und Staat in Deutschland ca. 7 Billionen Euro. In etwa gleich hoch war das Gesamtvermögen. Es wäre nur eine Frage der Zeit, wann alles Vermögen auf wenige Hände konzentriert ist, jedoch wird das Währungs- und Finanzsystem durch das exponentielle Wachstum von Schulden und Vermögen deutlich früher zusammenbrechen. Exponentielles Wachstum in einem geschlossenen System ist, wie es die deutsche oder europäische Wirtschaft darstellt, nicht möglich.

Wir zeigen, wie Griechenland, oder jedes andere Land der Europäischen Währungsunion, mit Hilfe einer zusätzlichen Funktionalität des Geldsystems und einer zusätzlichen, eigenständigen Komplementärwährung, wirtschafts- und sozialverträglich die EWU verlassen kann. Daneben sind einige wenige, flankierende Maßnahmen notwendig.

Die Autoren sehen in der mangelhaften Geldmengensteuerungsmöglichkeit durch die Noten- / Zentralbanken das Hauptproblem. Durch die zwei sich widersprechenden, berechtigten, Funktionen des heutigen Geldes, nämlich der Tauschmittel- und der Wertaufbewahrungsfunktion, kommt es zu massiven Störungen des Wirtschaftskreislaufs. Sinkt das Wirtschaftswachstum unter ca. 2,5% und beginnt der Zins sich aufgrund Marktsättigung Richtung Null zu bewegen, verringert sich zwar der Zinseszinsseffekt, aber das Geld entzieht sich dem Wirtschaftskreislauf und gibt damit seine Tauschmittelfunktion ab. Lassen sich in den Sektoren Private Haushalte, Unternehmen und Staat keine bonitären Schuldner mehr finden, erzielt auch das Fluten der Realwirtschaft mit Geld durch die Notenbanken kein Ergebnis mehr. Eine arbeitsteilige Realwirtschaft benötigt aber zwingend ein funktionierendes Tauschmittel.

Hier empfehlen die Autoren den Einsatz einer zusätzlichen Funktion auf die ausgegebene Geldmenge der Notenbank, um die Geldmenge auch in deflationären Zeiten sinnvoll an die Wirtschaftsleistung eines Wirtschaftsraums anpassen zu

können: Eine „Haltegebühr“ auf Bar- und Giralgeld. Die Höhe der Haltgebühr ist durch die Notenbank stufenlos einstellbar und ermöglicht so den Wechsel in der Gewichtung von Geld in seiner Funktion als Wertaufbewahrungsmittel hin zu Geld in seiner Funktion als Tauschmittel. Die Haltegebühr wird in Prozent pro Jahr von der EZB variiert, festgelegt und eingezogen.

Im Falle Griechenlands ist es notwendig, unterhalb der Euro-Ebene eine zweite, eine „Komplementärwährung“ einzuführen und diese zusätzlich mit der neuen Funktionalität „Haltegebühr“ auszustatten. Diese Komplementärwährung soll „Drachme“ genannt werden, einen Wechselkurs zum Euro von 1:1 haben und unter Mitwirkung von der Europäischen Zentralbank, den griechischen Geschäftsbanken, Gewerbetreibenden, der griechischen Regierung und der Bevölkerung eingeführt werden. Die Drachme versetzt die ausgebende Notenbank in die Lage, die neue „Drachme“ perfekt in ihrer Menge zu steuern und so den Wirtschaftsraum Griechenland Deflations- und Inflationsfrei zu halten.

Die Ausgabe der zusätzlichen Komplementärwährung in der richtigen Menge in Griechenland führt dazu, dass die derzeitigen deflationären Tendenzen in Griechenland aufgehoben werden. Die bevorzugte Gewichtung der Drachme als Tauschmittel an Stelle von Wertaufbewahrungsmittel wird das Geld trotz Deflation im Wirtschaftskreislauf halten, die Konjunktur ankurbeln und das Wirtschaftswachstum bis zur Vollbeschäftigung der Bevölkerung bringen.

Das Ankurbeln der griechischen Realwirtschaft durch die Drachme und die daraus abgeleitete, berechtigte Hoffnung auf Rückkauf der Staatsanleihen durch den griechischen Staat, also Schuldenabbau, führt zur Beruhigung der Märkte und Stützung des Bankensystems und damit letztendlich zur Stützung des Euro.

Flankierende Maßnahmen: Auf der Drachme liegt eine Rücktauschgebühr in Höhe von 5% um zu verhindern, dass Empfänger die mit einer Haltegebühr behaftete Drachme sofort wieder in Euro zurückzutauschen.

Die Staatsanleihen Griechenlands werden eingefroren. Es wird eine Verzinsung von 1,5% pro Jahr garantiert. Die Tilgung setzt ein bei überschießendem Staatshaushalt, der bereits nach einem Jahr erwartet wird. Die Kosten der Einführung für die Drachme übernimmt die Europäische Währungsunion, ebenso alle Kosten um die griechischen Staatsanleihen. Eine Umschuldung der griechischen Staatsanleihen findet nicht statt.

Wir erwarten von der Einführung der Drachme mittelfristig u. a. folgende Effekte:

Das Preisniveau lässt sich präzise Deflations- und Inflationsfrei steuern

Der Wachstumszwang verringert sich

Die Umverteilung über den Zinseszinsseffekt lässt nach

Die Steuern und das gesamte Preisniveau können sinken

Die Lohnnebenkosten sinken, ebenso die Zahl der Arbeitslosen

Das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme ist gewährleistet

Die exponentiell ansteigende Verschuldung von Staat, Unternehmen und Bevölkerung stoppt

Die Rückführung der Staatsverschuldung ist realistisch

Das Bankensystem wird gestützt

Der Euro als weltweite Ersatzwährung bleibt erhalten

1. Einführung

„Der frühere Deutsche-Bank-Chef Hilmar Kopper fordert von der Politik schärfere Regulierungsmaßnahmen für die Finanzmärkte: "Leider ist es heute so: Die Hoffnung auf Anstand reicht nicht immer", sagte Kopper dem SPIEGEL. "Die Akteure brauchen Gesetze. **Das Geld braucht Gesetze.** Und Gesetze sind Aufgabe des Staates."¹

„In einer Krise sei nicht den Banken zu helfen, sondern den Schwachen und Armen in einer Gesellschaft, damit diese mit ihrer Nachfrage für neue Konsumimpulse sorgen können. Eine Argumentation ganz im Sinne von Karl Marx. In seinem Hauptwerk: „Das Kapital“ schreibt Marx: **„Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumptionsbeschränkung der Massen....“**²

Und **„Denn es gilt, einer Schulden-Deflationsspirale Herr zu werden.“**³

„Derzeit aber ist die EZB die letzte Instanz in Europa, welche die Euro-Krise überhaupt noch wirkungsvoll eindämmen kann. Entsprechend wirft sie nach und nach immer mehr ihrer Prinzipien über Bord - und rechtfertigt das mit der akuten Gefahr im Euro-Raum.“⁴

„Die genaue Definition der Geldmenge ist ebenso eine Frage des Geschmacks wie der wissenschaftlichen Notwendigkeit. **Aber auch heute noch sind sich die Notenbanken nicht einig, welche Geldmenge es zu steuern gilt: Da Geld nicht eindeutig und einheitlich definiert ist, gibt es analog dazu auch verschiedene Abgrenzungen für die Geldmenge.**⁵

¹ „Ex-Deutsche-Bank-Chef fordert schärfere Regulierung“ Spiegel online, www.spiegel.de, 22.12.2011

² Marx, Karl (1894). Das Kapital Bd. III Abschnitt V, Spaltung des Profits in Zins und Unternehmergewinn. Das zinstragende Kapital. Kapitel 30: Geldkapital und wirkliches Kapital I.

³ „Notausgang Inflation – auf der Suche nach einer Krisenlösung“ RBS Märkte und Zertifikate Oktober/November 2011, www.http://markets.rbs.de/MediaLibrary/Document/PDF/Newsletter/MonthlyNewsletter/MuZ_Okt_Nov_2011_mid.pdf

⁴ „Top-EZB-Mann rät zu neuer Geldflut“ Spiegel online, www.spiegel.de, 23.12.2011

⁵ Deutsche Bundesbank 1/92

"Wir sollten uns nicht so gebärden, als ob das Erkennen volkswirtschaftlicher Zusammenhänge nur den Gralshütern vorbehalten bliebe, die auf der einen Seite wissenschaftlich, auf der anderen Seite demagogisch, ihre verhärteten Standpunkte vortragen. Nein, **jeder Bürger unseres Staates muss um die wirtschaftlichen Zusammenhänge wissen und zu einem Urteil befähigt sein, denn es handelt sich hier um Fragen unserer politischen Ordnung, deren Stabilität zu sichern uns aufgegeben ist.**"⁶

„Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen.“⁷

⁶ Ludwig Erhard, 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1963 bis 1966 Bundeskanzler sagte dies im Zusammenhang mit Kommunismus und Sozialismus.

⁷ Erhard, Ludwig (1957). Wohlstand für Alle. Düsseldorf: Econ-Verlag

2. Grundlagen

2.1. Probleme des gegenwärtigen Geldsystems⁸

2.1.1. „Notausgang“ Inflation – auf der Suche nach einer Krisenlösung

Unter Hochdruck arbeiten die Industrienationen an einer Bewältigung der Probleme. Doch hohe Schulden und ein schwaches Wirtschaftswachstum könnten trotz aller Mühen in einer Deflation münden. Letztendlich dürfte nur noch ein Ausweg bleiben: Inflation.

"Überall in Europa haben die Schulden enorm zugenommen, die heute in allen großen Staaten als drückend empfunden und auf die Dauer vermutlich zum Ruin führen werden."⁹ Der, der das gesagt hat, ist kein Zeitgenosse, er starb 1790. Es war der schottische Philosoph Adam Smith, der sich in seinem Hauptwerk "Wohlstand der Nationen", erschienen 1776, bitterlich über das staatliche Schuldenmachen beschwert. Dabei sind seine Ausführungen hochaktuell, können geradezu als Omen für unsere Zeit gesehen werden. Er schreibt weiter: "Dort, wo die öffentliche Schuld einmal eine bestimmte Höhe überschritten hat, ist es meines Wissens kaum gelungen, sie auf gerechte Weise und vollständig zurückzuzahlen. Sofern es überhaupt gelang, die Staatsfinanzen wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen, bediente man sich stets des Bankrotts, den man bisweilen auch unverhohlen zugegeben hat, und selbst dort, wo häufig Rückzahlungen nominal geleistet wurden, blieb es in Wirklichkeit ein echter Bankrott."¹⁰

2.1.2. Traditionelle Lösungsversuche sind gescheitert

Damit greift Smith jener Debatte voraus, die derzeit in Politik und Gesellschaft die Menschen beschäftigt: Wie können die westlichen Industriestaaten ihre in den letzten Jahrzehnten angehäuften Schuldenberge allgemeinverträglich abbauen?

Schuldenberge, die infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise im Zeitraum 2008 bis

⁸ Die Kapitel 2.1.1.-2.1.9. wurden zuerst als sogenannter Artikel „Notausgang Inflation – auf der Suche nach einer Krisenlösung“ in RBS Märkte und Zertifikate Oktober/November 2011 veröffentlicht und mit Erlaubnis des Autors übernommen.

⁹ Smith, Adam (1776): The Wealth of Nations. Book V. Chapter 3. Of Public Debts. Paragraph 10

¹⁰ Smith, Adam (1776): The Wealth of Nations. Book V. Chapter 3. Of Public Debts. Paragraph 60

2010 noch einmal kräftig gewachsen sind und Länder wie Griechenland und Portugal an den Rand des Ruins gedrückt haben. Diese Frage wird umso drängender, als alle bisher angewendeten „traditionellen Lösungsversuche“ zur Ankurbelung der Wirtschaft und einem dadurch möglich gemachten Schuldenabbau versagt haben. Sowohl angebots- wie auch nachfrageorientierte wirtschaftspolitische Maßnahmen haben bislang nicht die gewünschten nachhaltigen Effekte in der Realwirtschaft gezeigt. Zwar gab es zwischenzeitlich eine Phase der Erholung, in der die Wirtschaft stärker zulegen konnte, doch die jüngsten Konjunkturdaten aus vielen europäischen Ländern und den USA lassen Zweifel an der Nachhaltigkeit des Aufschwungs aufkommen.

2.1.3. Fehlende Diagnose

Eine zusätzliche Problematisierung erfährt das Ganze noch dadurch, dass man sich in der Expertenszene schon bei der Diagnose der Problemlage uneinig ist, ganz zu schweigen von deren richtiger Behandlung. Umstritten ist etwa die Frage, ob die Vielzahl an Schwierigkeiten, mit denen die westlichen Industrienationen zu kämpfen haben, das Ergebnis einer „normalen“, konjunkturell bedingten Wirtschaftskrise sind oder nicht vielmehr schon die Erscheinungen einer Art Systemkrise. Letzteres würde auch erklären, warum die „traditionellen Lösungsversuche“ an angebots- und nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik bislang nicht gegriffen haben. Ein populärer Vertreter einer solch betont kritischen Sichtweise ist zum Beispiel Mohamed El-Erian, Vorstandsvorsitzender des weltgrößten Bondverwalters PIMCO. Er sieht die Verwerfungen als Teil einer einzigartigen historischen Neuordnung im Kräfteverhältnis zwischen West und Ost, zwischen Europa und Nordamerika auf der einen Seite, und Asien auf der anderen Seite. Seine Aufforderung: „Anleger müssen in der jetzigen Situation die Geschichtsbücher wegschmeißen.“ Seine Handlungsanweisungen an Politik und Wirtschaft: Die Krise darf nicht länger als Liquiditätskrise, sondern muss als Solvenzkrise aufgefasst, die Schuldenlast deshalb radikal reduziert werden. Länder, die dies nicht schaffen, wie möglicherweise Griechenland, müssen die Eurozone verlassen. Was El-Erian nicht sieht ist, dass Schuldenbergen in gleicher Höhe immer auch Vermögensbergen gegenüber stehen und will man die Schuldenberge abbauen, dann muss man auch die

Vermögensberge abbauen. Und wer lässt sich schon gerne sein Vermögen abbauen?

2.1.4. Todesspirale der Schulden

Rückenwind bekommt El-Erian von der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). In ihrem Konjunkturausblick vom Mai 2011 betont die Organisation, dass vor allem Länder mit einem hohen Schuldenstand langsamer wachsen als jene mit wenig Schulden. Doch die Frage bleibt: Wie können Schulden abgebaut werden, wenn die Wirtschaft stagniert oder sogar schrumpft? Eine deutliche Reduzierung der Staatsausgaben und eine Erhöhung der Steuern dürften die Wirtschaft nur noch zusätzlich belasten und einen nachhaltigen Schuldenabbau konterkarieren, was zu weiteren Ausgabekürzungen und Steuererhöhungen führen müsste. „Die US-Wirtschaft wächst kaum noch, die Laune der Konsumenten ist schlecht, das Land steht am Rande einer neuen Rezession. Ein Sparprogramm würde die Wirtschaft endgültig über die Klippen stoßen“, so die Einschätzung von Barry Eichengreen, eines in Kalifornien lehrenden US-Ökonomen. Mit der Zeit entsteht so eine „Todesspirale der Schulden“, folgert der US-Ökonom Nouriel Roubini. Um dieser zu entkommen, ständen betroffenen Staaten grundsätzliche drei Wege offen: Erstens eine heftige Deflation kombiniert mit einer lange anhaltenden Rezession; zweitens eine tief greifende Strukturreform zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und/oder drittens eine Abwertung der Währung zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Produkte.

2.1.5. Mehr oder weniger Schulden?

Welcher Weg oder welche Kombination aus den Wegen auch immer gewählt wird, es wird lang dauern und schmerzhaft sein. Davon ist auch Ex-Chef-Volkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, überzeugt. In einem Beitrag für das Anlegermagazin „Der Aktionär“ schreibt Walter: „2012 und 2013 sind die Schmerzensjahre als Konsequenz der Drogenverabreichung über viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, und deren Aufstockung im Gefolge der Lehmann-Krise.“ Er wehrt sich damit ausdrücklich gegen die Absicht, den Schuldenberg mit Hilfe weiterer Schulden abzubauen. Eine Absicht, die von Keynesianern wie Joseph Stiglitz

vertreten wird. In Konfrontation zum Monetarismus betont Stiglitz, dass eine kapitalistische Wirtschaftsordnung starken Regularien zu unterwerfen ist. Und: In einer Krise sei nicht den Banken zu helfen, sondern den Schwachen und Armen in einer Gesellschaft, damit diese mit ihrer Nachfrage für neue Konsumimpulse sorgen können. Eine Argumentation ganz im Sinne von Karl Marx. In seinem Hauptwerk: „Das Kapital“ schreibt Marx: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen....“¹¹

2.1.6. Schulden-Deflationsspirale

Wie verzweifelt der Versuch sein kann, aus der Krise auszubrechen, zeigt das Beispiel Japan. Trotz einer jahrelangen expansiven Geld- und Fiskalpolitik ist es dem Land bislang nicht gelungen, eine nachhaltige Konjunkturwende herbeizuführen. Zudem ist Japan heute mit einem staatlichen Verschuldungsgrad von 230 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) das am höchsten verschuldete Industrieland. Dabei treten in Japan zwei Faktoren auf, die nach dem Ökonomen Irving Fisher im Zusammenspiel verheerend sind: Überschuldung und Deflation. Weist ein Land eine solche Konstellation auf, so Fisher in seinem berühmten Artikel „Debt Deflation Theory of Great Depressions“, der 1933 erschienen ist und den Ausbruch der Großen Depression in den USA 1929 untersucht, führt das dazu, dass Unternehmen und Konsumenten alles daran setzen, ihre Schulden zurückzuzahlen. Dieser Vorgang führt zu einem Nachfragerückgang auf breiter Front und die Preise kommen noch stärker unter Druck. Jeder Versuch, in dieser Situation die Staatsschulden zu reduzieren, wird fehlschlagen, weil eine Reduzierung der Staatsausgaben Unternehmen und Konsumenten noch vorsichtiger werden lässt. Aber auch eine Erhöhung der Staatsausgaben ist problematisch, weil Unternehmen und Verbraucher dadurch nicht zwangsläufig mehr konsumieren wollen. Vor allem dann nicht, wenn die Vermögenswerte, die im Vorfeld der Krise als Sicherheit für Kredite hinterlegt worden sind, selbst an Wert verlieren (Stichwort: Vermögenspreisdeflation). Es kommt zu einem Attentismus der Marktakteure, die auf eine Bodenbildung warten, und zu einem realen Schuldenwachstum, was zu

¹¹ Marx, Karl (1894). Das Kapital Bd. III Abschnitt V, Spaltung des Profits in Zins und Unternehmergewinn. Das zinstragende Kapital. Kapitel 30: Geldkapital und wirkliches Kapital I.

weiteren Sparanstrengungen führt. So wird nach und nach eine Schulden-Deflationsspirale in Gang gesetzt, aus der nur noch schwer zu entkommen ist.

2.1.7. USA kämpfen gegen Deflation

Ein Szenario, in das möglicherweise nun auch die westlichen Industrienationen schlittern könnten. Nach dem Platzen der Immobilienblase in den USA und in einigen Staaten Europas sind viel Hausbesitzer überschuldet. Die Häuserpreise sind etwa in den USA seit dem Höhepunkt im Jahr 2006 im Schnitt um ein Drittel und mehr gefallen. Dadurch mussten viele private Haushalte starke Vermögenseinbußen hinnehmen. Die reale Schuldenlast ist enorm gestiegen. Zudem haben sich die Staaten zur Bekämpfung der Krise viel Geld geliehen. Was nun noch fehlt, ist ein Preisverfall auf breiter Front, der jede Bemühung seitens der Regierung vereitelt, die Menschen zum Konsum zu bewegen. Damit wären im Grunde genommen alle Voraussetzungen für Fischers Schulden-Deflationsspirale gegeben.

Dass die USA eine deflationäre Entwicklung mehr fürchten als eine Inflation, ist aus geschichtlicher Sicht verständlich. Die große Depression, ausgehend vom Börsencrash im Jahr 1929, bestimmt noch heute das Handeln der US-Politik, wie die Hyperinflation in den 1930er Jahren die bundesdeutsche Politik bis in die Gegenwart. Vor diesem Hintergrund ist einsichtig, warum Timothy Geithner bei seinem letzten Besuch der Euro-Mitgliedsländer in Polen im September 2011 die Europäer so vehement aufgefordert hat, zur Bekämpfung der Krise noch mehr Geld in die Hand zu nehmen. Seine Aufforderung kann auch als Hinweis gesehen werden, dass die USA in einer Deflation das weitaus größere Gefahrenpotential sehen als in einer Inflation. Ähnlich dürfte es auch US-Notenbankchef Ben Bernanke sehen. Bereits 1995 widmete er sich in seiner Arbeit „The Macroeconomics of the Great Depression: A Comparative Approach“ dem Thema Depression. Die von den Ökonomen Anna Schwartz und Milton Friedmann 1963 formulierte These, dass die Große Depression der 1930er-Jahre durch die zurückhaltende Geldpolitik der US-Notenbank extrem verschärft worden ist, wird von Bernanke im Kern geteilt. Deshalb auch seine 2002 gehaltene und viel zitierte Rede, in der er ankündigte, dass er bereit sei, so viel Bargeld wie nötig der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, um das Wachstum zu stimulieren. Ein Rezept, das auch Irving Fisher anwenden würde. Die Reflation ist,

neben dem Konkurs, der einzig mögliche Ausweg aus der Schulden-Deflationsspirale, so Fisher.

2.1.8. EZB wird zur BAD Bank

Aber auch in Europa ändert sich die Sicht der Dinge. Allein schon die Rücktritte von Dr. Axel Weber vom Präsidentenposten der Deutschen Bundesbank und von Jürgen Stark von der Stelle des Chefvolkswirts bei der Europäischen Zentralbank (EZB) haben jenes Lager geschwächt, das der Geldwertstabilität höchste Priorität einer nachhaltigen Notenbankpolitik zubilligt. Wie Weber steht auch Stark dem Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB mehr als ablehnend gegenüber. Stattdessen verfolgt die EZB nun mehr und mehr eine Politik nach dem Vorbild der US-Notenbank Fed und nicht, wie ursprünglich konzipiert, nach dem Leitbild der Deutschen Bundesbank. Im Gegensatz zur Deutschen Bundesbank, die sich eben der Geldwertstabilität verpflichtet fühlt, soll sich die Fed auch um eine möglichst niedrige Arbeitslosigkeit und um nachhaltiges Wachstum bemühen. Dabei ist sie, so der Vorwurf der Kritiker, zum „Erfüllungsgehilfen der Politik“ geworden. „Ich habe noch nie so viel Wut gegenüber der Fed gesehen“, erklärt etwa der Carnegie-Mellon-Ökonom Allan Meltzer, ein anerkannter Fed-Experte. Für viele Amerikaner ist die Notenbank ein Symbol für Bailouts mit Steuergeldern geworden. Und die EZB ist ihr dicht auf den Fersen. Spätestens seit dem Weggang von Jürgen Stark genießt die EZB in der Öffentlichkeit kaum noch Vertrauen. „Und so verkommt die EZB als Hüterin des Euro langsam zur Bad Bank des Euro-Systems, bei der die Banken Europas ihre Schrottpapiere abladen“, so etwa das Fazit von Matthias Brendel und Christoph Pauly in einem Beitrag auf Spiegel Online. Aber nicht nur Redakteure und Kolumnisten schlagen Alarm, auch eingefleischte Ökonomen, wie etwa Thomas Meyer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, sehen die Institution EZB in Gefahr. Sie werde, so seine Kritik, zu einem „Lender of last resort“, einem Kreditgeber für all jene, die sonst nirgendwo mehr Kredit bekommen würden.

2.1.9. Politisch gewolltes Inflationspotential.

In der Fachwelt ist zudem ein Streit darüber ausgebrochen, welche Folgen der Aufkauf von Staatsanleihen, die sonst kaum einer mehr haben will, durch die

Notenbanken für die Wirtschafts- und Finanzwelt haben wird. Manche befürchten, dass so ein erhebliches Inflationspotential aufgebaut wird. Zwar betont die EZB, dass eine solche Entwicklung unwahrscheinlich sei, weil man im Gegenzug dem Markt wieder Geld entziehe, doch gerade diese Eins-zu-eins-Rechnung wird von vielen Experten bezweifelt. Das Finanzsystem und die Wirtschaft sind nun mal keine Maschinen, die völlig berechenbar funktionieren. Ganz zu schweigen davon, dass es mathematische Modelle geben würde, die sie vollständig erklären oder gar planbar machen. Das Problem verschärft sich noch dadurch, dass der Ankauf von Staatsanleihen etwa aus Griechenland und Italien selbst nicht planbar ist. Wie die jüngste Entwicklung zeigt, dürfte zumindest Griechenland ein Sanierungsfall auf Jahre sein. Entsprechend lang werden sich die Stützungsaktionen für griechische Anleihen hinziehen müssen. Ob und wann zu jeder Zeit Maßnahmen zu Sterilisierung, also Neutralisierung des zusätzlich in Umlauf gebrachten Geldes, durchgeführt werden können, ist unklar. Und was ist, wenn die EZB eines Tages erkennen muss, dass sie die Vielzahl an Staatsanleihen, die sie zusammengekauft hat, gar nicht mehr loswerden wird? Bis Mitte August belief sich das Securities Markets Programm (SMP) auf immerhin 96 Milliarden Euro. Spätestens dann würde wohl der Charakter der EZB als Bad Bank offensichtlich werden. Um die Verluste auszugleichen, müssten die Euro-Staaten Geld zur Aufbesserung der EZB-Bilanz nachschießen.

All dies ist politisch möglicherweise sogar gewollt. Denn es gilt, einer Schulden-Deflationsspirale Herr zu werden. Was man dazu benötigt, ist eine „vernünftige“ Inflation. Der Chef-Ökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF) Oliver Blanchard etwa legt den westlichen Industriestaaten in einer 2010 erschienen Studie eine Inflationsrate von vier Prozent nahe. Und Gregory Mankiw, Ex-Wirtschaftsberater von George W. Bush, empfiehlt sogar eine Preissteigerungsrate von „sechs Prozent über mehrere Jahre, um die Schuldenbombe zu entschärfen“.

Wir erinnern uns an den eingangs zitierten Adam Smith: „...selbst dort, wo häufig Rückzahlungen nominal geleistet wurden, blieb es in Wirklichkeit ein echter Bankrott.“¹²

¹² Smith, Adam (1776): The Wealth of Nations. Book V. Chapter 3. Of Public Debts. Paragraph 60

2.1.10. „Euro-Krise Top-EZB-Mann rät zu neuer Geldflut

Gerade erst päppelte die Europäische Zentralbank die Finanzinstitute mit einer halben Billion Euro - da erwägt einer ihrer Top-Leute schon neue Schritte. In einem Interview empfiehlt EZB-Rat Bini Smaghi, die Geldschleusen notfalls noch weiter zu öffnen.

Bei einer Deflation sinken die Verbraucherpreise. Das kann den Konsum bremsen, weil Verbraucher Käufe in die Zukunft verschieben - in der Hoffnung, dann weniger zu zahlen. Dadurch kann eine gefährliche Abwärtsspirale entstehen.

Mit ihren immer massiveren Eingriffen handelt die EZB immer mehr wie die US-Notenbank Fed. Diese hatte bereits im vergangenen Jahr die Märkte mit 600 Milliarden Dollar geflutet. Das Geld nutzen US-Privatbanken zum Beispiel, um mehr Kredite an Firmen und Haushalte zu vergeben, was die Konjunktur stimulieren soll. Die EZB hatte sich lange gegen solche Eingriffe gestemmt - anders als bei der Fed ist ihr oberstes Ziel die Bekämpfung von Inflation, und gerade die Ausweitung der Geldmenge kann dazu führen, dass die Verbraucherpreise rasch steigen.

Derzeit aber ist die EZB die letzte Instanz in Europa, welche die Euro-Krise überhaupt noch wirkungsvoll eindämmen kann. Entsprechend wirft sie nach und nach immer mehr ihrer Prinzipien über Bord - und rechtfertigt das mit der akuten Gefahr im Euro-Raum.

Angst vor der Kreditklemme

Der bei der EZB angesiedelte Europäische Systemrisikorateur (ESRB) warnte denn auch am Donnerstag erneut vor einer Verschärfung der Finanz- und Schuldenkrise. Die wirtschaftliche Situation habe sich insgesamt verschlechtert, teilte der Rat aus Notenbankern und Finanzaufsehern mit. Es gebe Anzeichen dafür, dass die steigende Nervosität nun auch die Realwirtschaft erreicht habe. "Die Abhängigkeit der Zentralbanken hat sich erhöht, und es gibt Hinweise, dass sich die schwierigen Finanzbedingungen auf die Realwirtschaft auswirken" hieß es. Vorsitzender des ESRB ist der neue EZB-Chef, Mario Draghi.

Um eine Ausweitung der Schuldenkrise zu verhindern, müsse die Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors erhöht werden, teilte der Rat mit. Dazu

müssten die Banken ihre Bilanzen stärken, ohne jedoch die Kreditvergabe abzubremsen.

Die EU-Bankenaufsicht EBA befürchtet, dass die Geldhäuser in Europa die Wirtschaft nicht mehr in ausreichendem Maße mit Krediten versorgen. Viele Banken versuchen, die höheren Kapitalauflagen der EBA, die sie ab Mitte 2012 einhalten müssen, durch eine Drosselung der Kreditvergabe zu erfüllen. Wenn aber Unternehmen und Privatpersonen keine Darlehen mehr bekommen, würgt das die Wirtschaft ab.“¹³

Um zu verstehen, wie es zu einer solchen Finanzkrise wie heute kommen kann - und in der Geschichte der Menschheit immer wieder kam - müssen wir ein wenig weiter ausholen und ein paar Fakten ins Blickfeld rücken, die selten behandelt werden. Dabei werden wir die Geldschöpfung kaum berühren, da diese nach unserer Meinung für die Krise unbedeutend ist. Und wir werden aus Gründen der Komplexität der Aufgabenstellung dieser Arbeit einige Aspekte nur am Rande behandeln können.

2.2. Problemfeld Zins, der Zinseszinsseffekt¹⁴

2.2.1. Wohlstand und Wirtschaftswachstum

Jeder Mensch weiß: Ein genügend hohes Wirtschaftswachstum ist Voraussetzung für ein wachsendes Wohlstandsniveau. Doch die Abhängigkeit des Wohlstandsniveaus vom Wirtschaftswachstum ist noch viel größer, als Sie vielleicht annehmen mögen. Es gilt sogar: Stillstand heißt Rückschritt, d.h. Stagnation der Wirtschaft führt zu einem Rückgang des Wohlstandsniveaus. Nicht umsonst gibt es in Deutschland das Gesetz für Stabilität und Wachstum, welches den Politikern vorschreibt, durch Gesetze und andere Maßnahmen ein angemessenes Wirtschaftswachstum und damit mindestens ein stabiles Wohlstandsniveau zu ermöglichen. Es wird klar, dass unsere Wirtschaft einem stetigen Wachstumszwang unterliegt. Doch warum kann

¹³ „Top-EZB-Mann rät zu neuer Geldflut“ Spiegel online, www.spiegel.de, 23.12.2011

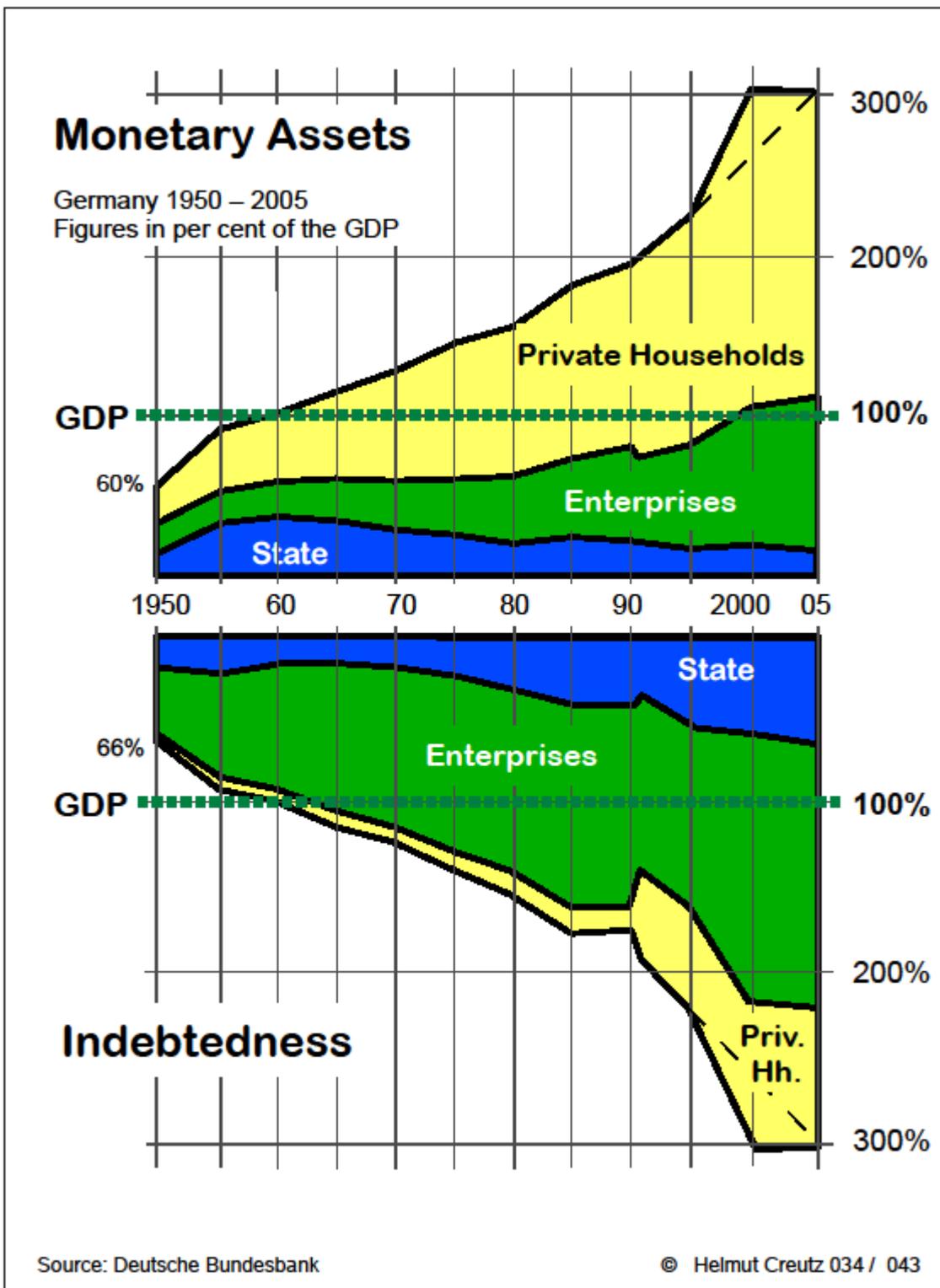
¹⁴ Dieses Kapitel, einschließlich der ersten drei Paragraphen von Kapitel 3, geschrieben von Wolfgang Ramming, wurden zuerst in 2002 in einem Artikel veröffentlicht, der sich nannte: „Die Problematik des Zinssystems“ auf der Website www.justusbuendnis.de/info/zinsHack.de

eine stagnierende Wirtschaft kein stagnierendes Wohlstandsniveau hervorbringen?
Die Beantwortung dieser Frage ist die Grundlage für wirksame Veränderungen.

2.2.2. Ursache des Wachstumszwanges

Der Wachstumszwang unserer Wirtschaft resultiert aus unserem Finanzsystem, genauer aus dem Zinsmechanismus.

Wer viel Geld in unserer Welt hat, legt dieses verzinslich in der Volkswirtschaft an. Jährlich bekommt er Zinsen für sein Guthaben und wird damit noch reicher. Das angelegte Geld wird auf der anderen Seite verborgt (Kredit), d.h. das Vermögen des einen entspricht den Schulden des anderen (Verbraucher, Unternehmer, Staat). Vermögen und Schulden stehen sich immer in gleicher Höhe gegenüber. Für einen Kredit zahlt man i. d. R. Zins, Geld, das (zum größten Teil) dem Sparer zufließt und - da der Zins nicht vom Himmel fällt - vom Schuldner erarbeitet werden muss. Da die Zinserträge der Sparer großer Vermögen durch den Zinseszins-Effekt exponentiell wachsen (ein Teil der Zinsen wird in der Folge weiter verzinst, da der Zinsertrag nicht vollständig verkonsumiert werden kann), müssen auf der anderen Seite auch die Schulden exponentiell wachsen. Diesen Effekt kennen Sie sicherlich unter dem Namen „die sich immer schneller öffnende Schere zwischen Arm und Reich“, bzw. zwischen Vermögen und Schulden. Visualisiert durch die Deutsche Bundesbank schaut dies so aus:



Gewinner des Systems ist man dann, wenn man mehr Zinsen bekommt als man zahlt. Und Zinsen zahlt man reichlich: Zinsen für Staatsschulden in Form von Steuern, Zinsen für Unternehmensschulden in Form von überhöhten Preisen

(durchschnittlicher Zinsanteil am Produktpreis beträgt z. Z. (2002) ca. 40%), und falls man gerade ein Haus abzahlt, natürlich noch Zinsen für seine privaten Schulden. Im Jahr 2000 musste jeder Haushalt der BRD durchschnittlich auf ca. 17.000 Euro seines Einkommens verzichten, um die Zinsansprüche des Kapitals sicherzustellen. Wenn man es also nicht geschafft hat, einen so großen Geldbetrag anzusparen, der einem zu mindestens 17.000 Euro Zinsen im Jahr verhilft, dann ist man de facto Verlierer des Systems, und wird in Zukunft einen immer größeren Anteil seines hart erarbeiteten Einkommens an die Menschen abgeben müssen, die bereits viel Geld und Vermögen besitzen, ob man will oder nicht. Allein die offiziell im Jahr 2003 durch die Geschäftsbanken geleisteten Zinszahlungen an die Einleger betrugen laut der deutschen Bundesbank 369 Milliarden Euro. Im Jahr 2010 wurden, bedingt durch die Finanzkrise, „nur“ 309 Milliarden Euro Zinstransfer geleistet. Auch Mietzahlungen von Mietern an die Haus- und Wohnungseigentümer entschuldeter Immobilien können als Zinszahlungen aus investiertem Kapital betrachtet werden.

Das ist also des Pudels Kern: Da wir immer mehr Geld für die Zinslasten ausgeben müssen, muss das Einkommen im selben Ausmaß anwachsen, nur damit unser Lebensstandard nicht absinkt. Für eine Volkswirtschaft gilt dann entsprechend: Das Bruttosozialprodukt muss mindestens genauso stark anwachsen, wie die Zinsschuld anwächst, um das erreichte Wohlstandsniveau halten zu können. Dies ist also die Ursache des Wachstumszwangs. Und da es sich um exponentielles Wachstum der Vermögen bzw. der Schulden mit einer jährlichen Wachstumsrate von deutlich mehr als 2,5% handelt, muss das Bruttosozialprodukt ebenfalls um jährlich mindestens 2,5% wachsen. Es führt also nicht nur Stagnation oder ein negatives Wirtschaftswachstum zum Rückgang des Wohlstandsniveaus, sondern auch ein positives Wirtschaftswachstum unterhalb von 2,5%. Und man sollte sich an dieser Stelle dringend klar machen, was exponentielles Wachstum bedeutet, auch im Bezug auf die Umwelt.

2.2.3. Wachstumszwang und gesättigte Märkte

Intuitiv dürfte wohl jedem klar sein, dass in einer begrenzten Welt kein beschleunigtes (exponentielles) und unbegrenztes Wirtschaftswachstum möglich ist.¹⁵

¹⁵ Das deutsche Wirtschaftsbeschleunigungsgesetz ist ein aktuelles Beispiel dafür.

Es wird immer einen begrenzenden Faktor geben, sei es ein begrenzt verfügbarer Rohstoff, eine begrenzte Nahrungsmittelanbaufläche oder einfach nur eine gesättigte Konsumentenschaft. Entgegen der naiven Annahme unbegrenzten und immer schnelleren Wirtschaftswachstums muss es also entsprechend einer Sättigungskurve zur Abschwächung des Wachstums kommen. Und sobald die Wachstumsrate von 2,5% unterschritten wird, kommt es zu massiven Problemen: Die Kaufkraft sinkt, was zu Absatzschwierigkeiten, Preissenkungen und damit zu Umsatz- und Gewinneinbußen bei den Unternehmen führt. Folge sind Kostensenkungen im Bereich des Faktors Arbeit (Entlassungen, Lohnsenkungen), da die Kosten im Bereich des Faktors Kapital für das Unternehmen fix sind. Hierdurch sinkt aber wiederum die Kaufkraft. Es entsteht eine sich selbst verstärkende deflationäre Abwärtsspirale aus sinkenden Preisen und Löhnen sowie zunehmenden Unternehmenspleiten. Besonders hart sind Schuldner betroffen, die durch Arbeitslosigkeit oder gesunkene Löhne nicht mehr in der Lage sind, ihre Schuldzinsen zu tragen. Auch eine Zwangsversteigerung schafft oft keine Abhilfe, da auch das Preisniveau sinkt. Der Schuldner wird also sein Objekt (z.B. eine Immobilie) los und hat weiterhin Schulden, die nicht mehr einbringbar sind. Es kommt zu Bankenpleiten, wodurch Sie Ihr Ersparnis verlieren. Die Wirtschaft mit Geld zu fluten bleibt erfolglos: Es werden keine bonitären Schuldner mehr gefunden, weder im privaten noch im gewerblichen Sektor.

2.2.4. Gesättigte Märkte und Zinsniveau

Zins ist der Preis für Kapital auf dem Kapitalmarkt. Die Höhe des Zinses ergibt sich aus dem Kapitalangebot und der Kapitalnachfrage nach marktwirtschaftlichen Gesetzen. Sind die Warenmärkte zunehmend gesättigt, dann gibt es für die Unternehmen keinen Grund für Neuinvestitionen, d.h. die Kapitalnachfrage wird gegen Null streben mit der Folge, dass auch der Zins gegen Null strebt. Wenn jedoch der Zins gegen Null strebt, dann verringert sich der Zinseszinsseffekt, und der Wachstumswang wird zunehmend aufgehoben. Ist dies der Ausweg aus der drohenden deflationären Abwärtsspirale?¹⁶ (siehe oben: Beispiel Japan)

¹⁶ Siehe oben Kapitel 2.1.6. Beispiel Japan

2.2.5. Funktion(en) von Geld

Kurz: nein! Denn Geld hat neben seinen eigentlichen Funktionen als Tauschmittel und Wertmassstab noch zwei weitere Funktionen: die Funktion als Wertaufbewahrungsmittel (Schatzmittel) und die Funktion als Spekulationsmittel. Das große Problem ist, dass Geld immer nur eine Funktion wahrnehmen kann. Damit eine arbeitsteilige Volkswirtschaft funktionieren kann, muss das Geld ständig im Umlauf bleiben (Geld in der Funktion als Tauschmittel). Dies tut es, in dem es ausgegeben wird, oder in dem es weiter verborgt wird, wobei der Zins das „Lockmittel“ (Umlaufsicherung) ist. Strebt der Zins gegen Null, dann gibt es für den Anleger keinen Anreiz mehr, überschüssiges Geld zu verborgen – es wird zurück gehalten (Geld in der Funktion als Wertaufbewahrungsmittel) oder es dient der Spekulation (hier sind deutlich höhere Renditen zu erwarten, als in der Real-Wirtschaft) und steht somit als Tauschmittel nicht mehr zur Verfügung. Die Folge ist eine massive Störung des Wirtschaftskreislaufes: Aus Geldmangel können die angebotenen Güter nicht mehr gekauft bzw. abgesetzt werden, es entsteht eine Nachfragerlücke. Dies ist wiederum eine der Definitionen zur Beschreibung von Deflation.

2.2.6. Unser derzeitiges Problem

Die bereits aufgezeigte, scheinbar ausweglose Situation kann zusammenfassend wie folgt beschrieben werden: Eine Geldwirtschaft funktioniert nur dann, wenn das Geld ausreichend als Tauschmittel fungieren kann. Der Zins übernimmt dabei die Funktion einer Umlaufsicherung; er verursacht jedoch die Vermögensumverteilung von Arm zu Reich, bringt den Wachstumszwang hervor und schädigt damit in erheblichem Maße die Umwelt und gefährdet den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Sinkt das Wirtschaftswachstum unter 2,5%, so werden aufgrund des Zinseszinseseffektes deflationäre Tendenzen sichtbar.

Tendiert der Zins aufgrund von Marktsättigung gegen Null, dann verringern sich die negativen Auswirkungen des Zinseszinseseffektes (Vermögensumverteilung, Wachstumszwang), aber das Geld entzieht sich dem Wirtschaftskreislauf und gibt damit seine gewünschte Funktion als Tauschmittel ab. Folge ist Geldmangel im Verhältnis zu den angebotenen Waren, was wiederum zu Deflation führt.

Unser zinstragendes Geldsystem führt und führte also mit mathematischer Logik

regelmäßig in die Katastrophe. Und wir haben es hier mit einer von Menschenhand gemachten Katastrophe zu tun.

2.2.7. Gegensteuerung der Politik

Die wichtigste Maßnahme zur Verhinderung einer Wirtschaftskrise ist bekanntlich das ständige Anschieben von Wirtschaftswachstum, um mit dem Zinseszinsseffekt Schritt halten zu können. Ist der Zins noch genügend hoch, dann kann die Wirtschaft mit Zinssenkungen angekurbelt werden (Verschuldung wird billiger), wobei jedoch Zinsentscheidungen nicht von der Politik, sondern von der Europäischen Zentralbank autark getroffen werden. Ist der Zins aufgrund Marktsättigungstendenzen bereits stark abgesunken, dann gibt es keinen Puffer mehr für weitere Zinssenkungen, wenn das Geld seine Funktion als Tauschmittel behalten soll. Abgesehen von Krieg, bei dem gesättigte Märkte in ungesättigte Märkte verwandelt werden, gibt es jetzt nur noch eine einzige Möglichkeit, die drohende Deflation doch noch ein bisschen hinauszuzögern: Staatsverschuldung. Dabei tritt der Staat zur Finanzierung großer Projekte als Nachfrager auf den Kapitalmarkt und verhindert damit ein weiteres Absinken des Zinses. So sinnlos solche Projekte in Zeiten knapper Kassen auch manchmal erscheinen mögen, das Halten des Zinssatzes auf genügender Höhe ist absolut notwendig, um die Wirtschaft nicht sofort zum Erliegen zu bringen. Da - wie bereits beschrieben - die Vermögen entsprechend dem Zinseszinsseffekt exponentiell anwachsen, müssen auch die Schulden exponentiell anwachsen. Zunehmende Staatsverschuldung ist also nicht die Folge falscher Politik einer bestimmten Partei, sondern resultiert zwingend aus dem Konstruktionsfehler im Geldsystem.

Doch wie kann auf den drohenden Staatsbankrott reagiert werden? Eine mögliche Variante sind drastische „Sparprogramme“, die vor allem die sozial Schwächeren treffen und den Sozialstaat zunehmend unter die Räder kommen lassen. Folge sind wachsende Armut und soziale Spannungen, die sich zunehmend gewaltsam entladen und zu einer immer größeren Gefahr für die Demokratie werden. Eine andere Variante wäre, die Lücke im Staatshaushalt durch zusätzliche Geldschöpfung mit Hilfe der Notenpresse zu schließen. Die Folge wäre ein immer stärkeres Anwachsen der Geldmenge im Verhältnis zu den angebotenen Gütern, also eine sich immer schneller beschleunigende Inflation. Gewinner einer Inflation sind bekanntlich

die Schuldner, die sich auf elegante Weise ihrer Schulden entledigen, während die Geldvermögen der Sparer immer mehr abgewertet und praktisch vernichtet würden.

2.2.8. Lösung des Problems

Während sich die Politiker aller Parteien ausschließlich darauf konzentrieren, genügend Wirtschaftswachstum zu schaffen bzw. die negativen Effekte mangelnden Wachstums in die Zukunft zu verlagern, gibt es anscheinend keine Partei, die den Wachstumszwang als Ursache allen Übels aus dem System eliminieren möchte. Dabei wäre keine sozialistische Revolution notwendig, um uns vor der nächsten Weltwirtschaftskrise und Schlimmerem zu bewahren. **Es bedarf lediglich einer kleinen Korrektur:** Die Einführung einer Haltegebühr auf Geld, um einen stetigen Geldumlauf auch bei Vorliegen gesättigter Märkte zu garantieren. Dies könnte eine Geldumlaufsicherungsgebühr, also eine Art „Parkgebühr“ auf zurückgehaltenes Geld sein. Die Gebühr soll die Geldbesitzer dazu bewegen, ihr Geld entweder zu konsumieren oder auch ohne Zinsforderungen bei den Banken anzulegen oder direkt zu investieren, um der sonst fälligen Umlaufsicherungsgebühr auszuweichen. Auf diese Weise würden dem Kapitalmarkt verstärkt Gelder zufließen, das Angebot an Krediten von Seiten der Banken würde steigen, und der Kreditzins würde ganz von selbst nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage entsprechend zunehmender Marktsättigung sinken und sich langfristig im Durchschnitt immer mehr in Richtung Null bewegen, ohne den Wert von Null zu erreichen. Dies liegt daran, dass sich der Kreditzins aus verschiedenen Bestandteilen zusammensetzt.

2.2.9. Bestandteile des Zinses

1. eigentlicher Zins
2. Inflationsanteil
3. Risikozuschlag
4. Gewinnanteil
5. Kostenanteil

Der eigentliche Zins entsteht aus der Überlegenheit des Geldes über Ware und Arbeit. So muss sich der Besitzer eines verderblichen Kartoffelberges beeilen, seine Ware gegen das wertbeständige und universelle Zahlungsmittel Geld einzutauschen. Der Geldbesitzer dagegen kann beliebig lange warten, bis er die Ware kauft. Der Warenbesitzer muss dem Geldbesitzer einen Preisnachlass gewähren, anderenfalls investiert sich das Geldkapital nicht und wartet auf günstigere Bedingungen. Der erzwungene Preisnachlass kommt nicht durch die Marktkräfte von Angebot und Nachfrage zustande, sondern durch die Überlegenheit des Geldes. Durch eine Umlaufsicherungsgebühr wird das Geld der Ware gleichgestellt, womit gleiche Bedingungen zwischen Geldbesitzern und Warenbesitzern hergestellt sind, so dass sich Kreditgeber und Kreditnehmer als gleichberechtigte Partner gegenüberstehen. Der eigentliche Zins geht damit gegen Null.

Um beim Geldverleih hinterher nicht weniger Kaufkraft zurückzuerhalten als ausgeliehen wurde, wird die Inflationsrate in den Kreditzins eingerechnet. Da nach Einführung einer Umlaufsicherungsgebühr das Preisniveau relativ einfach stabil gehalten werden kann, fällt dieser Zinsbestandteil weg.

Bleiben werden Kreditvermittlungsgebühren der Banken, bestehend aus einem Risikozuschlag (es kommt immer wieder vor, dass ausgegebene Kredite nicht oder zum Teil nicht mehr einbringbar sind), einem Kostenanteil und der Gewinnmarge. Damit wird sich, je nach Wirtschaftslage, ein Kreditzins zwischen knapp unter Null und plus 1,5% einstellen.

2.2.10. Auswirkungen umlaufgesicherter Währung

- das Preisniveau ist durch hinzufügen oder reduzieren der Geldmenge und der Umlaufsicherungsgebühr leicht steuerbar, d.h. Inflation und Deflation gehören der Vergangenheit an
- der Wachstumszwang entfällt, was auch die Umwelt schützt
- die Umverteilung von Arm zu Reich ist gestoppt
- die Steuern sinken, ebenso das komplette Preisniveau, womit die Masse der Bevölkerung erheblich an Kaufkraft gewinnt

- die Lohnnebenkosten sinken, ebenso die Zahl der Arbeitslosen, was wiederum Grundvoraussetzung für das Funktionieren der Sozialsysteme ist
- viele Fördermittel des Staates können zurückgefahren werden
- die permanent exponentiell ansteigende Verschuldung von Staat, Unternehmen und Bevölkerung ist beendet
- eine Rückführung der Staatsverschuldung ist realistisch

Bitte machen Sie sich klar, dass es darum geht, dem Zins die Möglichkeit zu geben, um Null zu pendeln. Der Zins wird wegen seiner Allokationsfunktion auf jeden Fall gebraucht. Eine Zinsabschaffung würde das volkswirtschaftliche Gefüge empfindlich stören.

3. Komplementärwährungen

Sie meinen, dies wären revolutionäre oder gar phantastische Gedanken? Keinesfalls!

Die Ächtung des Zinses hat im Christentum lange Tradition. Auf zahllosen frühkirchlichen Synoden wurde das Zinsverbot beschlossen und bekräftigt. Höhepunkt des Zinsverbotes war das frühe („goldene“) Mittelalter um 1100. Dabei wurden zweimal im Jahr 12 alte Pfennige gegen 9 neue ausgetauscht. Das führte dazu, dass sich Geldhortung nicht mehr lohnte. Das Ergebnis war die größte Entwicklungsperiode der deutschen Geschichte. Die sozialen Unterschiede waren so ausgeglichen wie nie mehr im historischen Verlauf. Das Minimum der arbeitsfreien Tage pro Jahr lag bei 90, oftmals sogar über 150. Sehr bald wurde auch der Montag als arbeitsfrei eingeführt, womit die Handwerker nur noch 4 Tage in der Woche arbeiten mussten. Um 1300 kam es zu einem historisch einzigartigen Höhepunkt der Städteneugründungen. Große Dome und Kathedralen wurden allein durch freiwillige Spenden finanziert. Um 1500 (im späten bzw. „finsteren“ Mittelalter) wurde die durch Jahrhunderte hinweg erhobene kirchliche Forderung nach einem Zinsverbot immer mehr aufgelöst und Geld immer öfter nur noch hoch verzinst verliehen. So konnten sich z.B. die Fugger zu einer der mächtigsten Familien der damaligen Welt aufschwingen. Die Vermögensumverteilung verschob sich innerhalb weniger Jahrzehnte so drastisch, dass es in ganz Mitteleuropa aufgrund von Geldmangel zu einem Stopp der gotischen Bauten für 300 Jahre kam. Die wirtschaftliche Situation

der Bevölkerung verschlechterte sich so stark, dass es Anfang des 16. Jahrhunderts zu blutigen Bauernkriegen kam. Diese Entwicklungen waren Schubkräfte für die Reformationen Martin Luthers, der sich in mehreren Schriften leidenschaftlich gegen das Zinsnehmen wendete. Um 1600 schließlich wurde von der evangelischen Kirche die prinzipielle Absage Luthers an das Zinsnehmen unauffällig korrigiert und der entstehenden Geldwirtschaft Rechnung getragen. 1983 kam es auch im Kirchengesetzbuch der katholischen Kirche zur ersatzlosen Streichung des Zinsverbotes. Die fortlaufende Kritik an den Zinsen in der Geschichte der Menschheit muss doch eine Ursache haben?

Aber auch in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, also z. Zt. der großen Weltwirtschaftskrise, wurden verschiedene Versuche mit der Umsetzung von umlaufgesichertem Geld (z.B. „Ulmer Wära“ in Deutschland) entsprechend den Reformvorschlägen Silvio Gesells (1862-1930) unternommen. Gesell schlug vor, einen Geldschein in einzelne Felder zu unterteilen, auf denen zum angegebenen Datum eine kostenpflichtige Marke (ähnlich Briefmarken) aufgeklebt werden muss, damit der Geldschein seine Gültigkeit behält. Gesell nannte die neue, langfristig zinsfrei Währung „Freigeld“ und die darauf aufgebaute Wirtschaftsordnung „Freiwirtschaft“. Nachdem sich das Freigeld schnell begann auszubreiten, wurde es von der Regierung in Berlin durch Notverordnung verboten.“

Im Folgenden werden unterschiedlich erprobte Modelle komplementärer Währungs- bzw. Gutscheinsysteme aus verschiedenen Ländern beschrieben, die auf ihre Art positive Effekte wirtschaftlicher und sozialer Art zeitigten.

3.1. Bethel-Euro

Wohl die älteste Komplementärwährung Deutschlands ist der Bethel- Euro, der vor der Euro-Umstellung Bethel- Mark hieß. Der Name bezieht sich auf den Ort Bethel in Bielefeld, wo 1867 für Anfallskranke und milieugeschädigte Jugendliche die Bodelschwingschen Anstalten gegründet wurden.

Die Einführung des Bethel-Geldes am 1. September 1908 sollte dazu führen, dass das Geld in der eigenen Einrichtung und nicht in fremden Geschäften ausgegeben wird. Der Bethel- Euro berechtigt Bewohner und Mitarbeiter der Bodelschwingschen Stiftungen zum Einkauf in Geschäften Bethels.

Bei der Währung handelt es sich streng genommen um Warengutscheine, die von den örtlichen Sparkassen herausgegeben werden. Wer 100 Euro einzahlt erhält 105 Bethel-Euro. Es gibt nur Geldscheine im Wert von 50, 20, 10, 5, 2 und 1 Euro sowie 50 Cent.

Beim Einkauf gilt das Verhältnis Euro zu Bethel- Euro von 1:1. „Schätzungsweise zehn bis 15 Prozent des Geldumsatzes in den Bethel- Geschäften wird mit Bethel- Geld erzielt. Die Scheine weisen drei verschiedene Größen und sieben Farbtöne auf. Sie sind mit markanten oder geschichtsträchtigen Gebäuden aus Bethel verziert, zum Beispiel Sarepta, Gilead, die Bethel- Pforte oder die Mamre- Patmos- Schule. Insgesamt sind etwa 110.000 Bethel- Euro-Scheine im Gesamtwert von knapp einer Million Euro im Umlauf“.¹⁷

1948 wurde das Bethel- Geld aus dem Verkehr gezogen und konnte im Verhältnis Zehn zu Eins in D-Mark eingetauscht werden. Ab dem 1. Januar 1955 wurde die Währung erneut ausgegeben. Zwei Monate nach der Euro-Umstellung wurde am 1. März 2002 auch die Bethel- Mark vom Bethel- Euro abgelöst.

3.2. Das Experiment von Wörgl

Das wohl bekannteste historische Beispiel für die Anwendung einer Komplementärwährung vollzog sich in der großen Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre. In der kleinen österreichischen Stadt Wörgl waren von den 4200 Einwohnern 500 arbeitslos. Michael Unterguggenberger (1884 bis 1936), Bürgermeister von Wörgl, kannte die Freigeldtheorie Silvio Gesells und überzeugte Kaufleute und Politiker sie auszuprobieren.

So gab die Kommune 1932 das Wörgler Freigeld, sog. Arbeitswertscheine, heraus, die durch den gleichen Betrag in österreichischer Währung abgedeckt waren. Die neue Währung wurde genutzt, um verschiedene Baumaßnahmen in der Stadt Wörgl zu realisieren. Dazu gehörten u. a. der Ausbau der Wasserversorgung, der Bau einer Skischanze und einer Brücke.

Da die Scheine am Monatsende mit einer Marke (zu einem Prozent ihres Nennwertes) als Nutzungsgebühr beklebt werden mussten, um gültig zu bleiben, war jeder, der mit dem Freigeld bezahlt wurde, bestrebt, es wieder auszugeben.

¹⁷ Wikipedia: „Bethel-Euro“, www.wikipedia.de, Stand 8.1.2012

Aufgrund dessen zirkulierte das Geld wesentlich schneller als vergleichsweise der österreichische Schilling und verschaffte allen genügend Arbeit. Viele Bewohner bezahlten sogar ihre Steuern im Voraus, um die Gebühren zu vermeiden.

Interessant ist, dass der Großteil der Beschäftigung nicht direkt auf die kommunalen Projekte zurückzuführen ist. Der überwiegende Teil der Arbeit wurde durch den Umlauf des Freigeldes geschaffen, nachdem die ersten vom Bürgermeister angeheuerten Arbeiter es ausgegeben hatten.

„Tatsächlich schuf jeder Schilling des Freigeldes etwa 12- bis 14- mal so viele Arbeitsplätze wie die normalen Schillinge, die ebenfalls noch im Umlauf waren! Der „Anti-Hortungs-Mechanismus“ erwies sich als enorm effektive Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Zu dieser Zeit (...) senkte Wörgl innerhalb nur eines Jahres seine Arbeitslosenquote um 25 Prozent. Die von der Stadtverwaltung eingenommene Gebühr von 12 Prozent im Jahr wurde für öffentliche Zwecke verwendet, also für das Wohl aller eingesetzt.“¹⁸

Das Experiment von Wörgl war so erfolgreich, dass es rasch Nachahmer fand, z.B. im Januar 1933 die Nachbarstadt Kirchbichl. Im Juni desselben Jahres stellte Bürgermeister Unterguggenberger vor einer Versammlung in Wien das Modell Vertretern aus 170 Städten und Dörfern vor. Als viele von diesen das Modell übernehmen wollten, schritt die österreichische Zentralbank mit einem Verbot ein. Es folgte eine juristische Auseinandersetzung bis hin zum österreichischen Verwaltungs-Gerichtshof in Wien, die jedoch die Wörgler im November 1993 endgültig verloren. Somit wurden die in einer wirtschaftlichen Notzeit äußerst viel versprechende Erfolge einer Komplementärwährung zunichte gemacht. Es dauerte nur kurze Zeit, bis die Arbeitslosenquote wieder auf 30 Prozent gestiegen war.

3.3. Der WIR-Ring

Seit 1934 gibt es in der Schweiz einen landesweiten Tauschring mit dem Zweck, die mittelständische Wirtschaft mit günstigen Krediten zu versorgen und den Teilnehmern höhere Umsätze und bessere Erträge zu verschaffen. Der WIR (Abkürzung von WIRtschaftsring-Genossenschaft) wurde von Freigeldanhängern gegründet und verfolgte in der Absatzkrise

¹⁸ Lietaer, Bernard A. (1999). Das Geld der Zukunft. München: Riemann-Verlag

der dreißiger Jahre im vergangenen Jahrhundert ebenfalls die geldreformerischen Ziele der sogenannten „Gesellianer“ oder „Freiwirte“. Als Tauschring arbeitet der WIR mit einer bargeldlosen Verrechnung zwischen den Teilnehmern über eine zentrale Kontoführungsstelle. Es gibt also keine Barabhebung der Guthaben. Entscheidend ist: die Kreditvergabe erfolgt zinslos bzw. mit sehr niedrigen Zinsen. 1936 wurde der Wirtschaftsring der kredit- und geldpolitischen Aufsicht nach schweizerischem Bundesgesetz unterstellt.

Der Wirtschaftsring versteht sich eindeutig als ein Mittel zur Selbsthilfe des Mittelstands im Konkurrenzkampf mit markt- und kapitalstarken Großunternehmen. Aufgebaut ist die Organisation wie ein Bankinstitut mit Hauptsitz in Basel und sieben Regionalbüros.

„Guthaben in WIR werden nicht verzinst, Schulden in WIR je nach Umfang mit geringen Gebühren belastet. Die „Geldschöpfung“ erfolgt beim Kreditvorgang. Im Jahr 2002 hatte der Wirtschaftsring 60.000 TeilnehmerInnen, das sind 20 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen in der Schweiz und ein Umsatz von ca. 1,7 Milliarden WIR, eine Verrechnungseinheit, die dem Wert des Schweizer Franken entspricht.“¹⁹

Die Kosten der gesamten WIR-Organisation werden durch Teilnahmegebühren bzw. Transaktionsgebühren gedeckt. Jeder Teilnehmer verfügt uneingeschränkt über die Verrechnungseinheiten auf seinem Konto.

3.4. Das Fureai-Kippu-System

Im Zuge der japanischen Wirtschaftskrise in den 90er Jahren zeichnete sich ab, dass die Gesellschaft kaum in der Lage sein würde, dauerhaft die Pflege der wachsenden Zahl alter Menschen zu gewährleisten. So entstand die Idee, die Arbeitsstunden jüngerer Menschen, die älteren Menschen regelmäßig mit einfachen Dienstleistungen helfen (wie z.B. Einkaufen, Begleitung beim Spaziergehen, Hilfe beim Essen, Lesen usw.) auf Zeitkonten zu sammeln. Daraus entwickelte sich das Fureai-Kippu-System (zu Deutsch: Pflgeticket). Jüngere Menschen können diese Gutschriften später – wenn sie selbst einmal krank oder pflegebedürftig sind oder im Alter – einlösen oder den eigenen Eltern, die vielleicht in einem anderen Landesteil Betreuung brauchen, zur Verfügung stellen. Diese Zeitwährung unterliegt keiner

¹⁹ Kennedy, Margrit (1990) Geld ohne Zinsen und Inflation. Steyerberg: Permakultur-Publikationen

Inflation, da eine Stunde bleibt eine Stunde – heute, morgen und sicher auch in 20 Jahren. Das System verbreitete sich in Japan über Südkorea und asiatischen Raum; zur Zeit wird es in Vorarlberg/ Österreich eingeführt, wo das Land für den langfristigen Wert der Stunden bürgt.

„In Deutschland haben Herbert Henzler und Lothar Späth gerade einen ganz ähnlichen Vorschlag gemacht in ihrem Buch „Der Generationen-Pakt. Warum die Alten nicht das Problem, sondern die Lösung sind“. Darin plädieren sie für eine Pflegezeitwährung als dritte offizielle Säule der Altersvorsorge. Der Vorschlag wird bereits viel diskutiert und könnte möglicherweise die erste komplementäre Währung sein, die vom Staat offiziell eingeführt wird“²⁰ (Kennedy 2011).

Entscheidend ist: Ein solcher Geldentwurf nützt allen, er ist einfach umsetzbar, transparent und kontrollierbar. Schließlich basiert er auf einem kostbaren Gut, unserer Zeit. All das gilt nicht für unser heutiges Geldsystem.

3.5. Der Chiemgauer

Nachdem die Idee, eine „Gutscheinwährung“ als regionales Zahlungsmittel zu verwenden, im Juni 2002 bei einer Tagung in Steyerberg, Niedersachsen, diskutiert wurde, wurde sie wenige Monate später zur Grundlagen eines praktischen Projekts, das sich als die bisher erfolgreichste Regionalwährung in Deutschland erweisen sollte.

Der Chiemgauer, ein Gutschein, den die „Regiogeld“- Initiative der Waldorfschule in Priem am Chiemsee herausgibt, wurde von seinem Initiator Christian Gelleri als komplementäres regionales Tauschmittel konzipiert. Dabei bereichert der Gutschein übliche Kundentreue-Aktionen – eine Werbemaßnahme, die heute fast alle Geschäftsleute als Kostenfaktor von 5 bis 10 Prozent des Umsatzes in ihren Budgets akzeptieren – mit der zusätzlichen Funktion, der Region ein bargeldähnliches Tauschmittel zur Verfügung zu stellen und viele weitere Vorteil zu generieren.

Gegenüber vielen anderen Regionalwährungen unterstützt der Chiemgauer gezielt Vereine und Initiativen, da sein Nutzer bestimmen kann, wer von der Rücktauschgebühr 3% erhält. So kaufen besonders Mitglieder von Vereine kaufen Gutscheine und verhelfen damit dem Verein oder Projekt ihrer Wahl und der Region, zu der sie gehören, zu mehr Liquidität. Mit den Gutscheinen können sie als

²⁰ Kennedy, Margit (2011). Occupy Money. Bielefeld: J. Kamphausen Verlag.

Konsumenten in den Geschäften bezahlen, die die Gutscheine akzeptieren und wie sie selbst zu dem regionalen Wirtschaftsförderverein gehören.

Die Geschäftsleute haben nun die Wahl: Sie können die Gutscheine entweder bei der zentralen Ausgabestelle in Euro zurücktauschen, dann bezahlen sie eine 5-prozentige Umtauschgebühr, oder sie können sie zur Bezahlung beim Einkauf in anderen Geschäften weiter verwenden, vielleicht einen Teil der Gehälter ihrer Angestellten damit bezahlen oder Vorprodukte beziehen. So vermeiden sie den Verlust der Umtauschgebühr.

„Darüber hinaus akzeptieren die Kunden eine Umlaufsicherung in Form einer Gebühr in Höhe von jährlich 8 Prozent. Das heißt eine Marke, die 2 Prozent des Wertes ausmacht, auf den Gutschein geklebt werden, damit er seinen Wert behält. Die Praxis zeigt, dass diese spezielle Eigenheit der regionalen Währung wesentlich weniger Akzeptanzprobleme verursacht, als die meisten Befürworter von Regionalwährungen vermuten“²¹.

Die Zentrale bezahlt ihre Kosten aus der Marge von 2 Prozent, das heißt dem Unterschied zwischen dem 3-prozentigen Bonus, den sie den Vereinen und Projekten gewährt, und den Umtauschkosten von 5 Prozent, den die Geschäftsleute bezahlen. Gleichzeitig entsteht ein spannendes und lehrreiches Projekt für die Schüler der Oberstufe.

Die Mehrzahl der Teilnehmer achtet darauf, dass die Gutscheine vor dem Ablaufdatum an die Zentrale zurückgehen, womit die Umlaufsicherung ihren Zweck erfüllt, und eine kleine zusätzliche Einnahmequelle für die Projekte bietet. Inzwischen wurde zusätzlich ein elektronisches Verrechnungssystem eingeführt, das genauso funktioniert wie eine Ec-Karte. Seit 2010 vergibt der Verein als erste Mikrokredite in Kooperation mit der GLS –Bank in Bochum unterstützt vom Bundesministerium für Wirtschaft. Wer unter den vereinbarten Konditionen den Kredit zurückzahlt, verrichtet lediglich eine Bearbeitungsgebühr.

²¹ Kennedy, Margrit and Lietaer, Bernard A. (2004). Regionalwährungen. München: Riemann-Verlag

4. Die optimale Neuordnung des Währungssystems

4.1. Die optimale Neuordnung des Währungssystems in der Theorie

4.1.1. Unsere Sichtweisen

Im Gegensatz zur gerade herrschenden, öffentlichen Meinung sind wir der Ansicht, dass wir für unser Modell weder starke Regularien für den Kapitalismus noch umfangreiche Gesetze für das Geld brauchen. Wir reden hier der freien Marktwirtschaft das Wort, der wirklichen freien Marktwirtschaft, die weder den Anbieter noch den Nachfrager bevorzugt oder benachteiligt. Einer Marktwirtschaft, die in einem optimalen Wirtschaftsraum nahezu regulationsfrei agieren kann und deren Geldmenge einfach gesteuert werden kann und deren einziges Regulativ die Geldmenge ist.

Auch sind wir davon überzeugt, mit minimalen Eingriffen in unserem bisherigen Währungssystem wieder optimale Funktionalität der arbeitsteiligen Real-Wirtschaft herstellen zu können. In unserem Modell wird die arbeitsteilige Real-Wirtschaft berechen- und vorhersehbar und es hat den Charme, Mitglieder der europäischen Währungsunion geordnet aus dieser Union austreten zu lassen oder auch in ihr zu verbleiben, ohne das ernste Konsequenzen zu erwarten sind. Obwohl unser Modell einfach und preiswert zu installieren ist, lässt sich sogar der Euro damit zuverlässig stützen. Und es greift in relativ kurzer Zeit: Spätestens ein Jahr nach der Einführung sollten Erfolge sichtbar sein. Notenbanken bekommen ein Steuerungsinstrument in die Hand, um die Geldmenge exakt zu steuern.

Unser Hauptaugenmerk liegt auf der optimalen Ausgestaltung des Geldsystems für die arbeitsteilige Real-Wirtschaft zur Versorgung der Bevölkerung. Unser Ziel ist die Vollbeschäftigung. Die zu erwartenden Auswirkungen unseres Modells auf die Investment- und Spekulationssphäre können wir aus Platzmangel in dieser Arbeit nur stark eingeschränkt betrachten. Wir betrachten vornehmlich den oft unter der Bezeichnung „Geldmenge M1“ geführten Währungsbereich, also hauptsächlich das Bargeld und, mit Einschränkungen, das Giralgeld.

„In einer (Wirtschafts-)Krise ist den Schwachen und den Armen zu helfen, damit diese mit ihrer Nachfrage neue Konsumimpulse setzen können“²².

4.1.2. Der optimale Wirtschaftsraum

Um das Währungssystem optimal neu zu ordnen ist zunächst der optimale Wirtschaftsraum zu beschreiben.²³

Auf der Erde gibt es verschieden dicht besiedelte und in ihrer Wirtschaftsleistung höchst unterschiedliche Regionen. Klar ist, dass diese Regionen, in ihrer Wirtschaftsleistung angepasst, unterschiedliche Mengen an Tauschmittel brauchen.

Übertragen wir diesen Sachverhalt auf den europäischen Währungsraum so ist leicht nachvollziehbar, dass für Deutschland eine größere Tauschmittelmenge vorhanden sein muss als für Griechenland, für das Ruhrgebiet eine größere als für Berlin. Vor 2000 war es mit den unterschiedlichen Landes-Währungen der einzelnen Länder der jetzigen Währungsunion durch Auf- und Abwertungen unter anderem möglich, den schwankenden Wirtschaftsleistungen der einzelnen Länder untereinander Ausdruck zu verleihen. Durch die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung wurde dieses Leistungsmerkmal ebenso verwischt, wie die Möglichkeit eines jeden Landes, mit seiner Notenbank spezifisch auf seine inflationären und deflationären Tendenzen reagieren zu können: War Deutschland von 2000 bis 2010 die Konjunktur-Lokomotive des Euroraums und brauchte mehr Tauschmittel, um optimal zu wirtschaften, so hatten die südlichen Euro-Länder das Problem, zu viel Tauschmittel und permanent inflationäre Tendenzen zu haben. Damit war Deutschland über 10 Jahre das Schlusslicht was Lohn- und Gehaltszuwächse anging, während in den anderen Ländern der Euro-Zone die Lohn- und Gehaltszuwächse über dem Anstieg der Inflationsrate lagen und somit ein Lohnplus für die Arbeitnehmer übrig blieb.

Der optimale Wirtschaftsraum liegt also von seiner Größe irgendwo zwischen einem kleinen Land wie Griechenland und einer Metropolregion wie dem Ruhrgebiet.

Weitere optimale Wirtschaftsräume könnten zum Beispiel sein: Berlin/Leipzig,

²² Joseph Stiglitz, aus: „Notausgang Inflation – auf der Suche nach einer Krisenlösung“ RBS Märkte und Zertifikate Oktober/November 2011, [www.http://markets.rbs.de/MediaLibrary/Document/PDF/Newsletter/MonthlyNewsletter/MuZ_Okt_Nov_2011_mid.pdf](http://markets.rbs.de/MediaLibrary/Document/PDF/Newsletter/MonthlyNewsletter/MuZ_Okt_Nov_2011_mid.pdf)

²³ In theoretischen Analysen wird der optimale Wirtschaftsraum kaum erwähnt. Nur der optimale Währungsraum wird diskutiert (z. B. Robert Mundell). In Übereinstimmung mit der Theorie eines optimalen Währungsraumes sind wir der Meinung, dass die USA keinen optimalen Währungsraum darstellen (wikipedia.org, optimum currency area vom 10.01.2012)

Manchester/Sheffield, London, Paris, Mailand/Turin, Istanbul, usw. Die ländlichen Gebiete um die Metropolregionen nutzen die Tauschmittel derselben. In Überschneidungsgebieten werden beide Währungen von der Bevölkerung genutzt. Dies stellt gegenüber der Zeit der Währungsunion keinen Nachteil dar: In den Grenzübereichen früherer Zeiten haben die Menschen immer mit beiden oder gar drei Währungen gehandelt und getauscht. Sogar heute noch wird die Deutsche Mark in so genannten Schwachwährungsländern als Wertaufbewahrungsmittel und als Tauschmittel genutzt.

4.1.3. Die derzeitige Geldmengensteuerung

Um das optimale Währungssystem zu schaffen ist es wichtig zu untersuchen, was an dem zurzeit installierten Geldsystem ineffizient ist. Wie oben bereits beschrieben wird der Euro in einem schlecht definierten Währungsraum geführt: Der Währungsraum ist einfach viel zu groß. Weiterhin besitzt die EZB nur die Möglichkeit - bei einem genügend hohen Leitzins und entsprechend genügend hohem Wirtschaftswachstum - die Volkswirtschaft durch Absenken der Leitzinsen zu stimulieren oder durch Anheben der Leitzinsen im Wachstum zu bremsen. Die Geldmenge steuern kann sie jedoch nur stark eingeschränkt. Was aber kann die EZB noch tun, wenn die Volkswirtschaft, trotz Wirtschaftswachstumsgesetzen, in eine Stagnation verfällt und der Leitzins z. Bsp. bereits unter 1% liegt und sich kaum noch absenken lässt? Wenn Private, Gewerbe und Industrie und Staat überschuldet sind bzw. aus mangelnder Aussicht auf Wachstum und Innovationen kein Kapital mehr aufnehmen wollen bzw. mangels Bonität kein Kapital mehr aufnehmen können? Was kann sie noch tun, wenn in der Wirtschaft viel mehr Geld als notwendig vorhanden ist, dieses Geld aber die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen verweigert? Durch Ankauf von Staatsanleihen der hoch verschuldeten Staaten noch mehr Geld in den Markt pumpen, welches die Banken, weil sie sich untereinander nicht mehr trauen, dann bei der EZB parken? Kurz gesagt, trotz Geldschwemme bleibt die Volkswirtschaft in der Stagnation und die EZB ist nahezu jeder Möglichkeit beraubt, die ausgegebene Geldmenge zu steuern.

4.1.4. Das derzeitige Gelddesign

Der Grund für diese Hilflosigkeit ist unserer Meinung nach in einem Designfehler unseres Geldes zu finden. Unser Geld hat neben seinen Funktionen als Tauschmittel und Wertmassstab noch zwei weitere Funktionen: Die Funktionen als Wertaufbewahrungsmittel und als Spekulationsmittel. Uns interessieren hier primär nur die beiden sich widersprechenden Eigenschaften Tauschmittel und Wertaufbewahrungsmittel. Im jetzigen Design kann unser Geld immer nur die eine oder die andere Funktion wahrnehmen. Damit aber eine arbeitsteilige Real-Volkswirtschaft funktionieren kann, muss das Geld als Tauschmittel ständig im Umlauf bleiben. Das Geld treibt wie ein großes Schaufelrad den unter ihm liegenden Warenstrom ständig voran. Wie der stetig strömende Blutkreislauf im Körper eines Menschen diesen am Leben und vital erhält, so tut dies der Geldkreislauf im Körper der Volkswirtschaft. Verlangsamt sich der Geldkreislauf oder kommt er ins stocken, weil sich das Geld - mangels Rendite bzw. ausreichender Zinshöhe - mehr und mehr als Wertaufbewahrungs- und auch als Spekulationsmittel dem Wirtschaftskreislauf entzieht, so können aus Tauschmittelmangel die produzierten Güter nicht mehr in ausreichendem Masse gekauft bzw. abgesetzt werden. Es entsteht eine Nachfragerlücke. Dies ist eine der Definitionen von Deflation.

4.1.5. Das optimale Gelddesign

Wie bereits bemerkt, halten wir das Design des Euro für verbesserungswürdig. Die Fragen lauten: Wie können wir eine Notenbank in die Lage versetzen, die Geldmenge in aber auch jeder volkswirtschaftlichen Lage optimal zu steuern? Wie können Inflation und Deflation verhindert und das Geld wertstabil gehalten werden? Wie kann das Geld am Markt so neutral gehalten werden, dass es weder Nachfrager noch Anbieter bevorzugt bzw. benachteiligt? Wie kann verhindert werden, dass sich die Geldmenge ohne nachfragende Wirkung in der Real-Wirtschaft über die Maßen ausbreitet? Wie kann ein Abwandern des Geldes in die Spekulationssphäre minimiert werde? Wie können überbordende, exponentiell wachsende Vermögen und Schulden vermieden werden?

Jeder in einer Volkswirtschaft tätige Kaufmann bzw. Handwerker weiß, dass er seine Kunden leicht über ihre Geldbeutel abschrecken kann. Aber auch Politiker wissen um die durchschlagende Wirkung von Gebühren: Als in Deutschland die LKW-Maut eingeführt wurde, war man überrascht, welche Kreativität die Fernfahrer beim

Auffinden von mautfreien Landstrassen entwickelten. Oder der staunend machende Erfindungsreichtum zur Umgehung der vielseitigen Steuern: Gebühren und Steuern haben, wenn es denn keine Schlupflöcher gibt, eine erhebliche Lenkungswirkung. Wie für die Instandhaltung der öffentlichen Strassen eine Steuer oder wie für die Durchleitung des Stroms bis in die Häuser mittlerweile eine Durchleitungsgebühr zu entrichten ist, genau so stellen wir uns für die staatliche Einrichtung Geld eine „Zurückhaltegebühr, Haltegebühr oder Liegegebühr“ vor. Wir wollen sie im weiteren „Haltegebühr“ nennen.

Um den Gedanken der Haltegebühr auf Tauschmittel noch plastischer vor Augen zu führen folgende Vergleiche: Für viele staatliche und kommunale Dienstleistungen wie Schwimmbäder, Bauanträge, Kindergärten, Parkplätze usw. werden Gebühren erhoben und entrichtet. Wenn wir uns das Tauschmittel in unserem Wirtschaftskreislauf als zweispurige Strasse vorstellen, an der links und rechts Möglichkeiten zum Parken eingerichtet sind, dann ist es heute so, dass, wenn jemand sein Auto mitten auf der Fahrbahn parkt, alsbald ein Polizist herbei kommt und ihm einen Geldschein durchs Fahrzeugfenster reicht, damit er weiter fährt. Wie wir uns das vorstellen ist, das der Falschparker für sein parken auf der Fahrbahn mit einer Gebühr belegt und damit zum Weiterfahren aufgefordert wird, damit er den Verkehr, sprich den Wirtschaftskreislauf, nicht behindert.

4.1.6. Die optimale Höhe der Haltegebühr auf Bargeld

Bargeld ist der Vermittler zwischen Arbeitsleistungen und Waren. Es ermöglicht den Marktteilnehmern zu jeder der von ihnen bevorzugten Zeit als Anbieter Ware gegen Geld und als Nachfrager Geld gegen Ware einzutauschen. Es ist ein universelles Tauschmittel und hat in der Geschichte der Menschheit schon viele Hochkulturen hervor- aber auch wieder zu Fall gebracht. Bargeld ist ein Segen für die Menschheit, war aber oft auch schon ein Fluch. Heute wissen wir viel mehr über unser Bargeld und Geld im Allgemeinen und stehen an der Schwelle eines neuen Zeitalters, welches das Geld zu einem dauerhaften Segen für die Menschheit werden lassen kann. In der Geschichte des Geldes hat es Währungssysteme gegeben, welche länger überdauert haben und andere, die schon bald wieder zusammen gebrochen sind. Beim Studium dieser Geldsysteme und den Ursachen, warum einige Geldsysteme länger und andere kürzer Bestand hatten, kann festgestellt werden,

dass Zwänge, Gebühren und reichhaltige Edelmetallminen zu längeren Laufzeiten führten. Hieraus ziehen wir den Schluss, dass eine Gebühr - eine Gebühr auf nicht verwendetes Geld - auf dem Wirtschaftskreislauf entzogenes Geld, unser Mittel der Wahl sein kann. Irving Fisher und andere hatten bereits Erfahrungen mit solchen Gebühren gesammelt. Allerdings ist es elementar wichtig, die richtige Gebührenhöhe zu finden und laufend anpassen zu können. Wenn das Geld, das universelle Tauschmittel, wie heute den Waren überlegen ist und deutlich weniger Verschleiß ausgesetzt ist, dann wird es vermehrt als Wertaufbewahrungsmittel genutzt: Als Münzen oder Scheine ist es klein und handlich und kann gegenüber jeglicher Waren leicht bei Banken oder zu Hause aufbewahrt werden. Wenn jedoch die Waren dem Geld deutlich überlegen sind, also die Waren weniger schnell durch Alterung aufgezehrt werden wie das Geld durch Inflation, dann flüchten sich die Menschen in die Ware als Wertaufbewahrungsmittel. Ich kann mich noch gute an die Erzählungen der Großmutter eines Freundes erinnern, die erzählte, dass sie in der Inflation und Hyperinflation ihr gesamtes Geld in Bettwäsche investiert hatte. Insofern kann der Versuch Irving Fishers, eine Haltegebühr²⁴ auf Bargeld in Höhe von 104% pro Jahr auszuprobieren, fast schon als Beweisführung der Kritiker für die Untauglichkeit einer Haltegebühr auf Bargeld interpretiert werden. Die richtige Höhe der Haltegebühr in einer intakten Volkswirtschaft kann, je nach dem, welche Wirkung erreicht werden soll, nur geringfügig um den jahresdurchschnittlichen Verschleiß aller durch Menschen hergestellten Immobilien, Anlagen, Infrastrukturen, Güter und Dienstleistungen liegen. Wir nehmen an, dass dieser Verschleiß bei ca. 3,5% pro Jahr liegt. Dies entspricht in etwa auch dem bereits erwähnten „eigentlichen“ Zins, nur dass jetzt nicht mehr der Zins das Geld in den Wirtschaftskreislauf zurück lockt sondern die Haltegebühr das Zurückhalten des Tauschmittels in moderatem Masse verhindert. Das Tauschmittel wird durch die Haltegebühr den Waren gleichgestellt und führt dazu, dass sich Anbieter und Nachfrager im Markt auf Augenhöhe gegenüber stehen und weder Anbieter noch Nachfrager bevorzugt bzw. benachteiligt werden. Ist das Tauschmittel den Waren überlegen, so bevorzugt es den Nachfrager, ist das Tauschmittel den Waren unterlegen, so bevorzugt es den Anbieter. Die Notenbank hat die Pflicht, den Marktakteuren ein neutrales Tauschmittel zur Verfügung zu stellen.

²⁴ Fisher, Irving (1933). Stamp Script. New York; Adelphi Company

4.1.7 Die ideale Geldmengensteuerung

Die Wirkung der Haltegebühr auf das von der Notenbank herausgegebene staatliche Geld kann in jede gewünschte Richtung beeinflusst werden: Zeigen sich im Markt deflationäre Tendenzen, ist also zu wenig Tauschmittel im Wirtschaftskreislauf, so kann Tauschmittel dem Markt zugeführt werden. Dies kann durch staatliche Investitionen geschehen, durch private Investitionen mittels Krediten oder auch per „Steuergeschenken“ durch den Staat. Zeichnen sich inflationäre Tendenzen ab, ist also zum Beispiel nach einer prosperierenden Wirtschaftsphase zu viel Tauschmittel im Umlauf, so kann der Staat seine Investitionen zurückfahren, die Herausgabe von Krediten an die Privatwirtschaft einschränken oder auch leicht die Steuern erhöhen, z. Bsp. auf fossile Energieträger. Mit der Höhe der Haltegebühr kann die Notenbank aber auch ein Feintuning vornehmen: Indem sie die Haltegebühr leicht verringert, wird das Geld wieder geringfügig mehr als Wertaufbewahrungsmittel genutzt und der Real-Wirtschaft leicht entzogen. Hat die Notenbank den Eindruck, es entschwindet ungewollt viel Tauschmittel in die Spekulationssphäre und es ist zu wenig Tauschmittel in der Real-Wirtschaft, so kann sie einerseits die Tauschmittelmenge leicht erhöhen und zusätzlich noch die Haltegebühr des Geldes heraufsetzen, usw. usf. Wir sehen also, es gibt der Möglichkeiten der Geldmengensteuerung auf einmal viele und auch Rezessionen lassen sich einfach beherrschen. Aber auch wirtschaftlichen und damit finanziellen Schockwellen anderer Metropolregionen, Ländern oder Kontinenten lässt sich einfach und „panikfrei“ begegnen. Sogar die Menge der nachfragenden und der nicht nachfragenden Geldmenge lässt sich mit einem „umlaufgesicherten“ Geld präzise beantworten. Schließlich besteht die Möglichkeit, eine Geldmenge so zu erzeugen und zu steuern, dass sie ausschließlich nachfrageaktiv am Markt ist.

Wir halten fest: Die Haltegebühr wird zwingend notwendig um zwei sich widersprechenden Eigenschaften des Geldes Rechnung zu tragen: Den Eigenschaften als Tausch- und als Wertaufbewahrungsmittel. Nur durch eine stufenlos einstellbare Haltegebühr auf das umlaufende Bargeld lässt sich die optimale Geldmenge in einem optimalen Währungsraum perfekt steuern. Und zwar sowohl hinsichtlich der ausgegebenen Geldmenge, der inflationären und deflationären Tendenzen, der Wertstabilität, der Umlaufgeschwindigkeit und der nachfragenden und nicht nachfragenden Geldmenge, also der als

Wertaufbewahrungsmittel genutzten Geldmenge und der als nachfragendes Tauschmittel in der Real-Wirtschaft genutzten Geldmenge.

4.1.8. Das optimale Währungssystem

Um ein optimales Währungssystem abbilden zu können, benötigen wir einen optimalen Wirtschaftsraum. Jeder optimale Wirtschaftsraum - nennen wir diesen ruhig Metropolregion - benötigt eine eigene Währung, ein eigenes Tauschmittel. Unter staatlicher Aufsicht hergestellt und der Kontrolle der Notenbank eines Landes unterworfen könnten diese Tauschmittel, an einen Warenkorb angelehnt und mit einer Haltegebühr versehen, relativ genau inflations- und deflationsfrei gehalten werden. Zum ersten Mal in der wirtschaftlichen Geschichte der Menschheit könnte eine bewusste und exakte Geldmengensteuerung durchgeführt werden, da die mit einer Haltegebühr behafteten Tauschmittel von der Tendenz eher Tauschmittel und Wertmassstäbe wären als Wertaufbewahrungs- und Spekulationsmittel.

Die einzelnen, staatlichen Institutionen, welche die einzelnen Währungen in den Metropolregionen herausgeben, unterliegen dem Wettbewerb, damit sich die bestmöglich geführten Währungen durchsetzen. Unserer Vorstellung nach können sogar zwei Metropolregionen, die in unterschiedlichen Ländern, aber dicht genug beieinander an den Landesgrenzen liegen, im Wettbewerb später einmal von einer einzigen staatlichen Notenbank gesteuert werden. So könnte sich das Tauschmittel für Amsterdam/Rotterdam als besser geführt erweisen als das vom Ruhrgebiet und das Ruhrgebietstauschmittel übernehmen – immer zum Wohle der Bürger und der arbeitsteiligen Wirtschaft natürlich. Klar ist, dass unterschiedlich - in ihrer Wirtschaftsleistung - starke Metropolregionen immer eigene, von einander getrennte, Währungen haben müssen, da sich sonst geringe inflationäre und deflationäre Tendenzen nicht ausgleichen lassen. Je mehr Metropolregionen unter einer Währung zusammengelegt werden desto schwieriger wird die Geldmengensteuerung und die Forderung „optimal“ kommt abhanden.

Durch die kaufkraftstabilen Index-Tauschmittel werden die einzelnen Metropolregionen inflations- und deflationsfrei gehalten. Sobald sich inflationäre Tendenzen abzeichnen, also Teuerungen der Waren und Dienstleistungen einstellen, wird der Wirtschaft Tauschmittel entzogen, sobald sich deflationäre

Tendenzen abzeichnen, wird der Wirtschaft ein Mehr an Tauschmittel zur Verfügung gestellt. Dies kann in vielfältiger Weise geschehen. Auch hier gilt es, die optimalen Wege im Wettbewerb der Notenbanken untereinander heraus zu finden. Einen weiteren Vorteil hat die Wertstabilität der kaufkraftstabilen Index-Währung wenn man bedenkt, dass die D-Mark aus dem Jahr 1948 im Jahre 2000 nur noch 23 Pfennige wert war. Der Euro aus dem Jahr 2000 hatte im Jahr 2006 in Deutschland nur noch eine Kaufkraft von 84 Cent. Der Kaufkraftverlust bzw. die Inflation hat in Deutschland von 2000 bis 2010 sämtliche Einkommenszuwächse der Normalbevölkerung aufgefressen. An dieser Stelle halten wir es für sehr wichtig darauf hinzuweisen, dass die Haltegebühr, im Gegensatz zur Inflation - die die langfristigen Ersparnisse, die Löhne und Renten, die Güter im Innen- und Außenhandel, etc. aufzehrt - nur Bar- und Giralgeld entwertet! Dabei kann jeder selbst entscheiden, wie viel ihm komfortable Liquidität an Gebühren wert ist. Die Haltegebühr trägt dafür Sorge, dass das Tauschmittel kaufkraftstabil bleibt. Das ideale Tauschmittel aus dem Jahr 2012 wird im Jahr 2062 immer noch die gleiche Kaufkraft haben wie aus dem Jahr 2012. Und die bis dahin angesammelten Ersparnisse werden bis dahin, im Gegensatz zur DM, in etwa den 4-fachen Wert haben.

4.2. Die optimale Neuordnung des Währungssystems am Beispiel des Euros und Griechenlands

4.2.1. Ausstieg oder Verbleib in der Europäischen Währungsunion

Wie wir weiter oben bereits festgestellt haben, kann Griechenland als ein optimaler Währungsraum angesehen werden. Ein auseinander dividieren der Regionen um Athen und Thessaloniki erscheint uns unnötig, kann aber bei erwiesenem Bedarf durchgeführt werden.

In unserem Modell kann Griechenland in der Europäischen Währungsunion bleiben. Ganz im Gegenteil: Um die angedeuteten, befürchteten Folgen eines unzeitgemäßen Ausstiegs Griechenlands aus dem Euro und der Eurozone zu vermeiden, empfehlen wir den Verbleib Griechenlands in der Gemeinschaft. Gleichwohl ist mit unserem Modell nach einer bestimmten Zeit auch der komplette, geordnete Ausstieg eines jeden Landes aus der europäischen Gemeinschaftswährung möglich.

Unser Modell ist hauptsächlich um Maßnahmen am Euro und dessen Erhalt orientiert, weil wir der Überzeugung sind, dass der Euro für die europäische Gemeinschaft unabdingbar ist. Ja, wir denken sogar, dass der Euro zur Weltleitwährung aufsteigen kann, wenn andere EU-Mitglieder unser - nicht nur für Griechenland entwickeltes - Modell übernehmen.

4.2.2. Die Ist-Situation Griechenlands

„Griechenland wurde im Jahr 1981 in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen. In den darauf folgenden Jahren profitierte die griechische Wirtschaft deutlich von der wirtschaftlichen Anbindung des Landes an das Wirtschaftsgeschehen der europäischen Industrienationen. Seit dem Jahr 2000 führten der Beitritt Griechenlands zur Eurozone, extensive Infrastrukturmaßnahmen sowie verschiedene Großereignisse wie zum Beispiel die Olympischen Spiele im Jahr 2004 zu einer Stimulierung der griechischen Wirtschaft und einem wirtschaftlichen Aufschwung. Dies ging jedoch mit hohen Importüberschüssen einher, so dass sich eine öffentliche Verschuldung gegenüber dem Ausland ansammelte, die jedoch erst im Oktober 2009 von der neuen Regierung unter Giorgos Papandreou veröffentlicht wurde.“

(Wikipedia)

Der Euro hat sich durch die aktuellen Sparmaßnahmen der griechischen Regierung teilweise aus dem realen Wirtschaftskreislauf zurückgezogen: Ein Teil der beim Staat beschäftigten Bürger wurde entlassen. Durch den Mangel an Tauschmittel (Geld = Euro) wurde auch die Anzahl der in den gewerblichen Betrieben beschäftigten Personen verringert. Weiterhin wurden Löhne und Gehälter reduziert bzw. 13. und 14. Monatsgehälter ganz gestrichen. Aus Angst, ihre Ersparnisse verlieren zu können, bringt die Bevölkerung ihr Geld ins Ausland. Das Überleben der griechischen Banken erscheint der eigenen Bevölkerung als unsicher. Die Arbeitslosenquote betrug im August 2011 18,4%, Tendenz steigend. Wir können zurzeit für die Region Griechenland de facto eine Deflation feststellen.

Durch die gesunkene Realwirtschaftsleistung und den daraus resultierenden Steuerausfällen ist die Regierung nicht in der Lage, für die ausgegebenen Staatsanleihen Zinsen zu bedienen und geliehenes Geld zurückzuzahlen. Ein Schuldenschnitt der Staatsanleihen von 50% ist beschlossen. Spekulanten treiben

die Renditen der kurzfristig fälligen Staatsanleihen bei enormem Risiko in absurde Höhen. Kein noch so hoher Einlagenzins der Banken ist in der Lage, den Euro zurück in die Realwirtschaft zu treiben: Kein Anleger glaubt sein geliehenes Geld zurück zu bekommen.

Auch ist an ein Beschleunigen der Inflation als Euro-Peitsche nicht zu denken: Diese würde die übrigen EU-Mitglieder in Bedrängnis bringen.

Welches Förderprogramm in Euro könnte unter diesen Umständen in Griechenland bonitäre Schuldner finden, die die Fördergelder in der Realwirtschaft investieren und dort halten, ohne dass sie über dunkle Kanäle alsbald wieder ins Ausland oder schwarze Kassen verschwinden?

4.2.3. Unser Modell am Beispiel Griechenland: Der Euro als übergeordnete Währung, die Drachme als Komplementärwährung zur Ergänzung.

Als Befreiung aus dieser Situation empfehlen wir die Einführung einer zusätzlichen Währung in Griechenland, welche die Funktion eines Tauschmittels für die Realwirtschaft übernimmt und unterhalb der Euroebene installiert wird. Diese „Komplementärwährung“, geben wir ihr ruhig den Namen „Drachme“, füllt die Lücke, die der zurückweichende Euro hinterlässt und wird wertmäßig im ersten Schritt bei der Ausgabe 1:1 an den Euro gekoppelt. Dies ist wichtig, um einen Wertmassstab für die Drachme zu erzeugen. Allerdings kann diese Kopplung nur von kurz- bis mittelfristiger Dauer sein. Sobald sich die Inflation des Euros zum Beispiel um 5% von der wertmäßig stabil zu haltenden Drachme entfernt hat, ist dies durch einen Wechselkurs von 1,00- Drachme zu 1,05- Euro durch die Medien zu kommunizieren. Entsprechend sind dann die Waren und Dienstleistungen der Volkswirtschaft mit zwei Preisen auszuzeichnen. Das ist aber Zukunftsmusik und gehört nicht in diese Arbeit.

Selbstverständlich bedarf diese Komplementärwährung einiger „Konstruktionsmerkmale“ um sie als vornehmliches Tauschmittel im arbeitsteiligen Real-Wirtschaftskreislauf zu halten. Diese Merkmale sind gegensätzlich ausgerichtet an den Funktionen, die der Euro übernimmt. Übernimmt der Euro in Griechenland zurzeit hauptsächlich die Wertaufbewahrungsfunktion, so muss die Drachme verstärkt die Tauschmittelfunktion in der Realwirtschaft übernehmen. Ist der Euro eher für die Geldzurückhaltung geeignet, dann muss die Drachme eher zum Einkauf

des täglichen Bedarfs animieren. Ist der Euro von der Geldmenge her gerade schlecht zu beherrschen, so wird die Drachme ein Merkmal für die vollständige Geldmengensteuerung beinhalten müssen, ja, sie sollte sogar in der Lage sein, den Euro langsam wieder in die Realwirtschaft zurück zu locken. Kann der Euro von der Bevölkerung ins Ausland geschafft werden, so muss die Drachme ein Merkmal aufweisen, das dies verhindert.

4.2.4. Das Design der Drachme

Die Drachme als Komplementärwährung wird, unter der Aufsicht der europäischen Zentralbank (EZB), von der griechischen Zentralbank ausgegeben werden. Sie wird, wie der Euro, über alle notwendigen Sicherheitsmerkmale gegen Fälschungen gesichert. Zusätzlich wird sie über deutliche, zusätzliche Erkennungsmerkmale verfügen, die es ermöglichen, eine Haltegebühr zu erheben und auch abzurechnen. Dies kann zum Beispiel eine unterschiedliche Farbgebung auf einem Viertel der Rückseite eines Tauschmittelscheins sein, woran der Scheinbenutzer erkennt, wann die Gebühr fällig wird und zu entrichten ist. Das kann aber auch ein aufgedruckter Kalender über die durchschnittliche Aufenthaltszeit des Scheins im Wirtschaftskreislauf sein, auf dem der Stichtag der Entrichtung der Haltegebühr durch eine Markierung oder Lochung vermerkt ist. Auch der direkte Aufdruck eines Fälligkeitsdatums für die Haltegebühr ist denkbar. Es gibt viele Möglichkeiten für das Erkennungsmerkmal der Fälligkeit der Haltegebühr eines Tauschmittelscheins. Die Drachme wird gesetzlich wie der Euro unter Annahmewang gestellt. Zahlungsempfänger haben auf Forderung des Zahlungsgebers die Drachme als Zahlungsmittel zu akzeptieren.

4.2.5. Die Höhe der Haltegebühr

Im europäischen Währungsraum wird zurzeit - 01.01.2012 – eine durchschnittliche Inflationsrate von knapp unter 2% festgestellt. Wie vor bereits erläutert, haben wir jedoch de facto deutliche Unterschiede in der Höhe der deflationären und inflationären Tendenzen: In Deutschland haben wir nach Abzug der Inflationsrate ein Wirtschaftswachstum um 0%, in Griechenland haben wir eine deutliche Deflation – und das, obwohl wir eine gemeinsame Währung haben. Um die Drachme salonfähig

zu machen brauchen wir außer der mitmachenden Bevölkerung, den Banken, der Regierung und den Gewerbetreibenden bestimmte Konstruktionsmerkmale. Das wichtigste Konstruktionsmerkmal ist die Haltegebühr und noch wichtiger ist die richtige Festlegung der Höhe der Haltgebühr. Die Haltegebühr muss immer mehrere Prozentpunkte über der Inflations- bzw. Deflationsrate des betroffenen Wirtschaftsraums angesiedelt werden. Verlor der Euro im Durchschnitt über die letzten 11 Jahre durch Inflation ca. 2% an Kaufkraft so sind mehrere Prozentpunkte darüber ca. 10%. Wir empfehlen aktuell für die Drachme eine Haltegebühr von 8% pro Jahr, verteilt auf 2% je Jahres –Quartal. Trotz aufwendiger Marketing-Kampagne - die nötig sein wird, um die Drachme als Produkt in den Markt zu bringen - wird der Durchschnittsbürger nur wahrnehmen, dass er die Drachme nur möglichst schnell wieder ausgeben muss, um der Haltgebühr zu entgehen. Daraus folgt zwingend, dass die Drachme bevorzugt vor dem Euro beim Einkauf durch den Bürger Verwendung finden wird. Und diese Einstellung wird im gesamten Wirtschaftskreislauf auftreten.

4.2.6. Abrechnung der Haltegebühr: Ein Geschäftsvorfall

Abgerechnet wird die Haltegebühr entweder beim Händler/Dienstleister oder bei der Geschäftsbank. Der Händler/Dienstleister nimmt die Zahlung eines Kunden bei Barzahlung entweder in Euro oder in Drachme oder in beiden Währungen entgegen. Befinden sich im Zahlbetrag Drachmenscheine, die der Entrichtung der Haltegebühr unterliegen, so kann der Händler/Dienstleister die Haltegebühr vom Nennwert der Scheine abziehen und zusätzlich den so entstandenen Differenzbetrag vom Kunden verlangen. Die das Bargeld entgegennehmende Geschäftsbank wird ihrerseits genau so mit dem Händler/Dienstleister verfahren und die der Haltegebühr unterliegenden Bargeldscheine bei der Notenbank nebst der zu entrichtenden Nutzungsgebühr einreichen und dafür neue Drachmenscheine mit noch nicht fälliger Haltegebühr zurück erhalten.

Für das Tätigen von Geldgeschäften per Überweisung von Drachmen hat jeder Privatmann, jedes Unternehmen und jede Institution die Möglichkeit, sich bei jeder beliebigen griechischen Geschäftsbank ein Fremdwährungs-Girokonto einzurichten. Die auf diesen Fremdwährungs-Girokonten liegenden Sichtguthaben werden ebenso einer Haltegebühr unterworfen wie die Drachmenscheine. Falls die Geschäftsbank

eine Gebühr für jede Überweisung erhebt, besteht die Möglichkeit einer leicht verringerten Haltegebühr gegenüber dem Bargeld durch die Notenbank einzuziehen. Die an den Konteninhaber durchgereichten Kosten der Überweisung wirken dann ebenfalls in geringem Masse wie eine Haltegebühr. Aktuell verstecken die Geschäftsbanken wegen genügend hoher Zinsen in den Bereichen Überziehungszins, vereinbarter Dispositions-Kredit und Krediten für Pkw, Möbel, Kücheneinrichtungen, etc. die Giro-Kontoführungsgebühren. Sie werben mit dem kostenlosen Girokonto, wobei jedem klar ist, dass das Führen eines Giro-Kontos Kosten erzeugt. Die Haltegebühr auf das Sichtguthaben eines Girokontos wird täglich einmal an der Höhe des vorhandenen Sichtguthabens ermittelt. Die Haltegebühr wird monatlich abgebucht und an die Notenbank überwiesen. Bei einer Höhe von ca. 2% je Jahres-Quartal beträgt die monatliche Haltegebühr auf Giro-Konten 0,66% der festgestellten Sichtguthaben. Überschüssende Beträge der Inhaber der Fremdwährungs-Girokonten können auf eingerichtet Fremdwährungs-Sparkonten mit entsprechenden Kündigungsfristen eingezahlt werden. Diese Fremdwährungs-Sparkonten unterliegen keiner Haltegebühr und die Geschäftsbank hat die Verpflichtung, das Geld wertstabil zu halten. Dies kann sie mit zwei Möglichkeiten tun: Die Drachmen entweder per Kredit wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen und damit dem Kreditnehmer die fälligen Haltegebühren aufzugeben oder die Drachmen bei der Notenbank zu hinterlegen, um selbst der fälligen Haltegebühr zu entgehen. Die Notenbank selber wird die eingegangenen Bargelder der nächsten einfordernden Geschäftsbank wieder aushändigen. Sollte sich ein prosperierender Markt in der Metropolregion auf tun, so werden die Kredit ausgebenden Geschäftsbanken durchaus auch einen Guthabenzins für den Tauschmittelanleger erwirtschaften können, den dieser gutgeschrieben bekommt.

Einigen sich nun zwei Geschäftsparteien, z. Bsp. Händler/Dienstleister und Kunde, auf Zahlung per Überweisung und mittels Drachme, so kann dieser Vorgang per Banküberweisung wie auch beim Euro getätigt werden. Allerdings ist den beiden Geschäftsparteien im eigenen Interesse aufgegeben, nach diesem Vorgang ihre Fremdwährungs-Girokonten bis auf den notwendigen Bedarf zu räumen, um der fälligen Haltegebühr zu entgehen. Wichtig zu verstehen ist, dass es, bei einer Haltegebühr von ca. 2% je Jahresquartal auf das umlaufgesicherte Tauschmittel, den Marktakteuren ein Leichtes sein sollte, der Haltegebühr zu entgehen. Und selbst

wenn ihnen das, aus welchen Gründen auch immer misslingt, so sollten sich die Marktakteure ausrechnen, welche Höhe die Gebühr im Verhältnis zum getätigten Geschäft beträgt: Sie wird minimal sein und vom Anbieter gerne in Kauf genommen werden, sofern er das Geschäft erfolgreich abschließen kann.

4.2.7. Die Rücktauschgebühr

Ein weiteres Konstruktionsmerkmal der Drachme wird eine Art Rücktauschgebühr sein: Um dem Druck der Aufmerksamkeit bzgl. der Haltegebühr auf die Drachme zu entgehen, wird der Durchschnittsbürger versuchen, die Drachme - wann immer es möglich ist – vor dem Euro für den Kauf von Waren und Dienstleistungen auszugeben oder sie gegen Euro umzutauschen. Dieser Umtausch von Drachme in Euro muss erschwert oder ganz abgewendet werden. Umgesetzt wird dies durch eine 5% Rücktauschgebühr, die beim Händler/Dienstleister bzw. den Geschäftsbanken erhoben wird. Die Rücktauschgebühr von Drachme in Euro kann beim Händler/Dienstleister nicht kontrolliert werden. Das ist nicht weiter bedenklich, wenn man davon ausgeht, dass ein Händler/Dienstleister diesen Rücktausch nur dann gebührenfrei durchführen wird, wenn er davon überzeugt ist, die Drachme problemlos für den eigenen Einkauf – sei es privat oder geschäftlich – einsetzen zu können. Und er wird diesen Rücktausch unter Einbehalt der Rücktauschgebühr dann besonders gerne durchführen, wenn er sich die Rücktauschgebühr selber in die Tasche stecken kann, weil er Anbieter gefunden hat, die seine zurück getauschten Drachmen als Zahlung für Ware abnehmen.

4.2.8. Die Einführung der Drachme

Die Drachme wird als Komplementärwährung unterhalb der Euroebene in Griechenland eingeführt. Dies funktioniert nur, wenn alle Beteiligten mit in einem Boot sitzen: Dies sind die Bevölkerung Griechenlands, die Gewerbetreibenden und die Industrie, die Banken, die Notenbanken und last but not least die Politik. Wie ein neues Produkt ist die Drachme mit einer Marketing-Kampagne in die Wirtschaft einzuführen. Diese braucht nicht so aufwendig zu sein wie bei der Einführung des Euros vor ca. 11 Jahren, aber jedes neue Produkt braucht seine Vertriebsstruktur. Weigern sich die Notenbanken, Banken und/oder die Politik bei der Einführung

mitzumachen, ist das „Projekt“ Drachme zum Scheitern verurteilt. Bei der Bevölkerung und den Gewerbetreibenden ist eine Verweigerung weniger problematisch: Immer wird es Kaufleute geben, die ihre Geschäftschancen sehen und wahrnehmen wollen und bei der Bevölkerung gilt: „Wessen Brot ich ess, dessen Lied ich sing.“ Und immer wird es Menschen geben, die Angst vor der Veränderung und vor dem Neuen haben und sich zunächst einmal verweigern.

Die griechische Notenbank wird von der EZB angewiesen, die Drachme herzustellen und in den Verkehr zu bringen. Dabei wird die EZB, um Korruption und Vetternwirtschaft vorzubeugen, das „Vier-Augen-Prinzip“ anwenden und je zwei verantwortliche Staatssekretäre und Bankdirektoren mit der Installation beauftragen: Je ein Staatssekretär und Direktor bei der EZB und je ein Staatssekretär und Direktor bei der griechischen Notenbank. Dabei darf entweder je ein Staatssekretär oder Direktor bei der EZB ein Bürger mit griechischem Pass und je ein Staatssekretär oder Direktor bei der griechischen Notenbank ein Bürger mit griechischem Pass sein. Danach werden der Staatssekretär und der Direktor der EZB zwei ausländische, europäische Kaufleute auf ehrenamtlicher Basis mit Aufwandsentschädigung anwerben und mit der kaufmännischen Umsetzung nach streng marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten beauftragen. Diese sind verpflichtet, unter Einholung von mindestens drei Angeboten je einzukaufender Position aus allen Bereichen, die zur Umsetzung nötig sind, die Drachme einzuführen. Bezahlt werden die Dienstleistungen in Drachme.

Nach Aufklärung der griechischen Bevölkerung über den Sinn der Komplementärwährung mit der Bezeichnung Drachme und der Notwendigkeit einer Geldmengensteuerungsmöglichkeit, kann die Drachme über verschiedene Wege in den Verkehr gebracht werden: Durch Investitionsmaßnahmen der griechischen Regierung in Infrastrukturmaßnahmen, durch Kreditaufnahme von Gewerbetreibenden und Industrie, durch Kreditaufnahmen des privaten Sektors, durch die Erstemission der griechischen Notenbank von 20 Drachmen je Kopf der gemeldeten, griechischen Bevölkerung durch die Geschäftsbanken, durch die 20%ige Teilzahlung von staatlichen und kommunalen Gehältern, durch Ausgabe von 100 Drachmen je Gewerbetreibendem gegen eine Bürgschaftserklärung, usw. usf. Auch hier gibt es viele Möglichkeiten. Allerdings sind wir strikt gegen die schlagartige Ausgabe von - auf anderer Seite geschätzten und benötigten - 10 Milliarden Drachmen, um die griechische Wirtschaft wieder nach vorne zu bringen. Wir

empfehlen die Nach-und-Nach-Strategie und die permanente Beobachtung des Marktes. Außerdem sind wir der Überzeugung, dass sich durch die Haltegebühr auf die Drachme die Anzahl der Geschäftsvorfälle pro Geldschein im Vergleich zum Euro drastische erhöhen wird: Zum einen durch die Haltegebühr selbst, zum anderen durch die weitestgehende Vermeidung von nicht in der Real-Wirtschaft nachfragenden Drachmen. Diese Aufgabe übernimmt weiterhin der Euro. Es ist zurzeit in Deutschland mindestens 50mal mehr Euro-Bargeld im Umlauf als es braucht, den gesamten Real-Gütermarkt leer zu kaufen. Es gibt für die Güter der Realwirtschaft deutlich mehr nicht nachfragendes Geld als nachfragendes Geld. Die Umlaufgeschwindigkeit des nachfragenden Geldes ist extrem gering.

4.2.9. Die Unterstützung des Euro durch die Drachme in der Metropolregion Griechenland

Wir stellen fest: In Griechenland habe wir de facto Deflation. Beschäftigte wurden und werden entlassen, die Waren werden billiger, die Arbeitslosenquote ist überdurchschnittlich hoch. Die Schulden in allen Sektoren sind enorm hoch. Die Staatsschulden können bei dem erwirtschafteten BIP Griechenlands aller Voraussicht nach nicht mehr zurückgezahlt werden. Die Risikoaufschläge für griechische Staatsanleihen steigen, in der Spekulationssphäre versprechen Wetten auf Gr. Staatsanleihen, Rückzahlung im März 2012, absurde Gewinnchancen. Bei einem zu erwartenden Staatsbankrott Griechenlands besteht die Gefahr der Ansteckung für die anderen Länder der europäischen Währungsunion. Auch deren Staatsverschuldungen sind enorm hoch.

In dieser Situation führt die EZB durch die griechische Notenbank die mit einer Haltegebühr versehene Komplementärwährung „Drachme“ ein. Sie ist mit dem Wertmassstab 1:1 an den Euro gekoppelt. Durch die Haltegebühr und die Rücktauschgebühr ist sie stark vom Euro abgegrenzt und übernimmt in Teilbereichen die Funktionen des zurückweichenden Euro in der Real-Wirtschaft. Durch die stufenlos regelbare Haltegebühr und die einfache Möglichkeit der Tauschmittelmengenzugabe in und das Entfernen des Tauschmittels aus dem Markt ist nicht nur eine exakte Geldmengensteuerung der Drachme möglich sondern es kann auch die Steuerung des Euros in der Metropolregion Griechenland in einem engen Bereich mit übernommen werden. Wird zum Beispiel die zusätzliche

Tauschmittelmenge in Drachme zu knapp gewählt und /oder die Haltegebühr zu gering angesetzt, werden die deflationären Tendenzen in der Metropolregion Griechenland weiter verstärkt und der Euro zieht sich noch weiter vom Markt zurück. Wird die zusätzliche Tauschmittelmenge zu groß und /oder die Haltegebühr zu hoch angesetzt, so wird auch der Euro durch die angeheizte Inflation wieder in den Markt getrieben, da die Marktteilnehmer nun lieber in die Waren anstelle von Tauschmittel als Wertaufbewahrungsmittel investieren. Wir denken, dass jede gewünschte Tendenz der EZB über die griechische Notenbank einstellbar ist. Die 2% durchschnittliche Inflation im Bereich Griechenlands sollten problemlos einstellbar sein. Wir erwarten von der Einführung der Drachme mittelfristig u. a. folgende Effekte:

Das Preisniveau lässt sich präzise steuern

Der Wachstumszwang verringert sich

Die Umverteilung über den Zinseszinsseffekt lässt nach

Die Steuern und das gesamte Preisniveau können sinken

Eine Zunahme der Kaufkraft der breiten Bevölkerungsmasse ist möglich

Die Lohnnebenkosten sinken, ebenso die Zahl der Arbeitslosen

Das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme ist gewährleistet

Viele Fördermittel vom Staat können zurückgefahren werden

Die exponentiell ansteigende Verschuldung von Staat, Unternehmen und Bevölkerung stoppt

Die Rückführung der Staatsverschuldung ist realistisch

4.2.10. Flankierende Maßnahmen zur Einführung der Drachme als Komplementärwährung in Griechenland.

Die Staatsschulden Griechenlands können bei dem zu erwartenden BIP Griechenlands aller Voraussicht nach nicht mehr zurückgezahlt werden. Bei einem zu erwartenden Staatsbankrott Griechenlands besteht die Gefahr der Ansteckung für die anderen Länder der europäischen Währungsunion. Auch deren Staatsverschuldungen sind enorm hoch. Um den zeitliche Spielraum für

Gegenmaßnahmen wie der Einführung der Drachme als Komplementärwährung zu bekommen, sind flankierende Maßnahmen unerlässlich.

Mit Einführung der Drachme werden die Zinsen für die in Euro geführten, gr. Staatsanleihen in Höhe von 1,5% eingefroren. Die Tilgung wird so lange ausgesetzt, bis sich die gr. Wirtschaft stabilisiert hat und beginnt, aus der Rezession herauszukommen. Danach kann festgelegt werden, in welcher Höhe die gr. Staatsschulden getilgt werden. Die Kosten für die Einführung der Drachme übernimmt die Europäische Wirtschaftsunion ebenso wie für die Zins-Differenzzahlungen der gr. Staatsanleihen. Eine Umschuldung griechischer Staatsanleihen wird es nicht geben.

4.3. Auswirkungen und Effekte

4.3.1. Auswirkungen auf die Staatsverschuldung, die privaten Ersparnisse und die Inlandshypotheiken

In unserem Modell gibt es keine Notwendigkeit der Umstellung von Staatsschulden, privaten Ersparnissen und Inlandshypotheiken auf die Komplementärwährung Drachme.

Allen Beteiligten muss klar sein, dass ein Staatsbankrott Griechenlands sämtliche Staatsanleihen europaweit in Frage stellen kann. Da die Staatsverschuldungen aller Länder insgesamt bereits Höhen erreicht haben, die mit dem bisherigen Währungssystem nicht mehr zurückzuführen sind, ist das vorhandene Währungssystem in jedem Fall zu stützen und neu zu ordnen. Die optimale Neuordnung des Währungssystems unter den gegebenen Voraussetzungen wurde weiter oben am Beispiel Griechenlands beschrieben.

Wie bereits erwähnt wachsen die - sich in gleicher Höhe gegenüber stehenden - weltweiten Vermögen und Schulden in dem bisherigen Währungssystem exponentiell. Da permanent exponentielles Wachstum in einem geschlossenen System nicht möglich ist, ist es nur eine Frage der Zeit, wann das System instabil wird, zusammenbricht und sich die Frage nach einer Neuordnung des Gesellschaftssystems stellen wird.

Um die damit verbundenen Verwerfungen zu vermeiden, muss eine Lösung gefunden werden, die einfach zu bewerkstelligen ist und rasch Ergebnisse bringt.

Die aus der Staatsverschuldung resultierenden Zinszahlungen werden auf ein Minimum begrenzt. Der Staatsschuldenwechsel – ablösen der auslaufenden Staatsanleihen durch in Umlauf bringen neuer Staatsanleihen – wird unter dem Schutz der Europäischen Währungsunion stattfinden. Nach Greifen der Maßnahmen und dem Herausführen Griechenlands aus der Rezession kann mit der Tilgung der Staatsschulden begonnen werden. Die Tilgung kann in beiden Währungen vorgenommen werden, sofern sich Käufer und Verkäufer darüber einigen können. Private Ersparnisse bleiben in der Währung erhalten, wie der Inhaber dies wünscht. Ein Umschreiben der privaten Ersparnisse und Inlandshypotheiken ist nicht nötig.

4.3.2. Auswirkungen auf internationale Verträge, die in Euro abgeschlossen wurden

Internationale Verträge, die in Euro abgeschlossen wurden, bleiben von der Neuordnung des Währungssystems unberührt, solange Griechenland in der Europäischen Währungsunion bleibt. Ein sofortiger Ausstieg Griechenlands aus der EWU wird von uns strikt abgelehnt, da wir die daraus möglichen gesellschaftlichen Verwerfungen - und nur die zählen letztendlich - nicht abschätzen können. Erst wenn Griechenland aus der Rezession herausgeführt wurde und mit der Abzahlung der Staatsschulden beginnt, wird ein Austritt Griechenlands aus der EWU schadlos für alle Beteiligten möglich sein.

4.3.3. Erläuterung des Zusammenhangs zwischen einem Ausstieg Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion und einer Umschuldung der Staatsschulden

Nach der Neuordnung des Währungssystems nach unserem Modell unterbleibt der Austritt Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion vorerst aus Gründen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilität. Erst nach Stabilisierung des Euros und der Wirtschaft Griechenlands kann, ein Landshaushaltsüberschuss vorausgesetzt, Griechenland aus der EWU aussteigen und mit der Tilgung der Staatsschulden beginnen. Erst dann ist eine Umschuldung der Staatsschulden möglich und sinnvoll, weil dann die Bonität des Landes wieder hergestellt ist.

4.3.4. Unterschiedliche Zeitpläne und Ansätze hinsichtlich des Übergangs (z. B. “überraschende” Redenominierung im Gegensatz zum angekündigten Übergang)

In unserem Modell wird für die optimale Neuordnung des Währungssystems öffentlich geworben. Wir wollen die Bevölkerung, die Gewerbetreibenden, die Regierung, die Banken und die Notenbank für die Umsetzung unseres Modells gewinnen. Unser Modell sollte so schnell wie möglich vorgestellt, beworben und umgesetzt werden, um die Märkte zu beruhigen, gerade weil wir nicht wissen, wie lange das alte Währungssystem noch stabil bleibt.

4.3.5. Folgen für die Stabilität des Bankensystems

In unserem Modell kommt dem Geschäftsbanken-Bankensystem eine wichtige Aufgabe zu: Es wird für die ordnungsgemäße Emission der Drachme einstehen und der Bevölkerung die Neuordnung des Währungssystems erklären. Das Bankensystem wird das Konzept der Komplementärwährung erläutern und die Bevölkerung auf die Konstruktionsmerkmale der Drachme einweisen müssen. Das Bankensystem wird zum Beratungssystem für die Bevölkerung.

Durch die Chance, den Euro mittels der Komplementärwährung zu stützen, wird auch das Bankensystem gestützt werden. Die Aufgaben der Geschäftsbanken sind u. a. Einrichtung von diversen Fremdwährungs-Konten, Einzug der Haltegebühren, Einzug der Rücktauschgebühren, Kreditvergaben in Drachmen, Kontrolle auf Fälschungen der Drachmen-Scheine, usw. usf. Da die Wirtschaftsakteure bei der Verwendung der Drachme keine andere Möglichkeit mehr haben – außer selber Kredite zu vergeben – als die Wertaufbewahrung ihrer Leistung über die Einzahlung der Leistungsbescheinigungen (Drachme) bei den Banken zu realisieren, bleibt auch kaum noch Spielraum für kurzfristige Anlagen und Spekulationen. Daraus folgt zwingend, dass die Drachme im Wirtschaftskreislauf verbleibt.

4.3.6. Ansätze für den Übergangsprozess

Unserer Meinung nach kann nur ein kurz- bis mittelfristiger Verbleib Griechenlands in der Europäischen Währungsunion die nötige Stabilität für den Euro und die

Wirtschaft Europas sichern. Im Vorherigen wurde aufgezeigt, dass Griechenland mit zielgerichteten Maßnahmen auf den Pfad von Wachstums und Prosperität zurückgeführt werden kann. Es wurde grob skizziert, wie der Übergangsprozess mit einem kaufkraftbeständigen Index-Tauschmittel realisiert werden kann. Mit dem Hinweis, dass die gesamte Weltwirtschaft bereits einen Verschuldungsgrad von 100% ihres Bruttoweltprodukts, nämlich ca. 55 Billionen Dollar, erreicht hat, möchten wir noch mal auf die Wichtigkeit unseres Vorschlags hinweisen und darauf, dass wir nicht allein sind.